

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 50

Druckpreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 12. Dezember 1926

Verlagshaus, Berlin O. 2, Neuer Markt 5-12 IV  
Fernruf West 6529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

## Kapitalistischer Seelenfang.

Die kapitalistischen Machthaber kultivieren neuerdings mit Vorliebe das Wort von der persönlichen wirtschaftlichen Freiheit. Jeder soll seines Glückes eigener Schmied sein. Das hört sich sehr nett an, doch es ist damit etwas ganz anderes gemeint, als es den Anschein hat. Schon das praktische Leben sieht anders aus, es hat mit persönlicher wirtschaftlicher Freiheit wirklich nichts gemein. Eine wirtschaftliche Freiheit hat heute nur dann einen Wert, wenn sie mit Besitz verbunden ist. Ohne Besitz gibt es keine wirtschaftliche Freiheit. Kann der Arbeiter, der nur auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist, wirtschaftlich frei sein? Gewiß kann er das, aber dann muß er verhungern. Des Arbeiters wirtschaftliche Freiheit besteht nur darin, daß er entweder dieses Los wählt oder er muß seine Arbeitskraft dem Unternehmer zur Verfügung stellen. Diese Zwangslage ist aber keine wirtschaftliche Freiheit, es ist vielmehr die denkbar schärfste wirtschaftliche Abhängigkeit.

Gegen diese sucht sich der aufgeweckte Arbeiter zu wehren. Er schließt sich mit seinen Kollegen und Kolleginnen zusammen, um ein größeres Verfügungsrecht über seine eigene Arbeitskraft zu bekommen. Er will diese nicht um jeden Preis verkaufen, er will über ihren Wert und über ihre Ausnutzung auch etwas mitbestimmen. Das ist zwar recht verständlich, dem Unternehmer aber sehr peinlich. Der Unternehmer möchte darum den Arbeiter wirtschaftlich frei sehen, d. h. nicht verbunden mit seinen Kollegen und Kolleginnen. Die aller gewerkschaftlichen Fesseln ledige Arbeitskraft ist ihm auf Geheiß und Verderb ausgeliefert. Er kann mit ihr schalten und walten, wie es ihm beliebt und niemand hat ihm dabei etwas dreinzureden. So will es der Unternehmer und deshalb schwärmt er zurzeit ganz besonders für die wirtschaftliche Freiheit auch der Arbeiter.

Der Gewerkschaftskollege und die Gewerkschaftskollegin ist ihm nicht wirtschaftlich frei genug. Die Gewerkschaft, der Verband, macht ihm zu sehr wie ein Spürhund über die Arbeitskraft und deren Ausnutzung. Das verärgert den Unternehmer schlecht, diese Wachsamkeit schmälert ihm seinen Profit. Das findet er gar nicht schön und darum empfindet er dem Arbeiter und der Arbeiterin so dringend eine größere Sehnsucht nach wirtschaftlicher Freiheit, d. h. nach Organisationslosigkeit. Wenn schon jemand über die Arbeitskraft und deren Ausnutzung bestimmen soll, dann will er es sein. Er hält sich selbst auch für den geeignetsten Menschen dazu. Sein gutes Herz allein sorgt für Lohn und Brot. Auch wenn er selber an den Aufträgen, die er hereinnimmt, gar nichts verdient, es ist ihm Gewinn genug, zu

sehen, daß sein Arbeiter Verdienst hat. So sagt er. Und diese Wohltat muß auch anerkannt werden. Sein guter Wille kann doch nicht zu seinem eigenen Ruin führen. Der Arbeiter muß darum billiger arbeiten, er muß seine Arbeitskraft dem Unternehmer länger zur Verfügung stellen. Wenn auch Lohn und Brot für den Arbeiter knapp ist, aber er hat doch Lohn und Brot. So sagt der Unternehmer mit seinem guten Herzen. Und darum wünscht er die persönliche wirtschaftliche Freiheit, für sich zur größeren Ausnutzung der Arbeitskraft, für den Arbeiter zur Lösung von den gewerkschaftlichen Fesseln. Der Unternehmer versteht also unter persönlicher wirtschaftlicher Freiheit auch des Arbeiters nichts anderes als dessen absolute Hilflosigkeit in bezug auf die Auswertung seiner eigenen Arbeitskraft. Das Schlagwort ist für ihn nur der Vorhang, der seine eigenen egoistischen Interessen verbergen soll.

Auch wir Gewerkschafter erstreben eine persönliche wirtschaftliche Freiheit für den Arbeiter. Nur verstehen wir darunter etwas grundsätzlich anderes als der Unternehmer. Der Arbeiter soll wirtschaftlich so frei sein, daß er über Ertrag und Ausnutzung seiner Arbeitskraft selbst mitbestimmen soll. Er soll dem Unternehmer gleichberechtigt sein. Beide, Unternehmer und Arbeiter, sollen gleichwertige Partner an einem Geschäft sein, bei dem der beiderseitige Einsatz einheitlich bewertet wird. Der eine bringt die Mittel, der andere die Arbeitskraft ins Geschäft. Die Arbeitskraft ist ohne die Mittel nichts wert, sie kann nicht ausgenutzt werden. Aber auch die Mittel bleiben ohne die Arbeitskraft tot. Erst die Arbeit macht sie lebendig und nützlich. Das eine ist auf das andere angewiesen, sie müssen

als gleichwertig angesehen werden. Und das soll auch in der Praxis Anerkennung finden.

Nach dieser Anerkennung streben die Gewerkschaften durch ihre Arbeit. Ihrer Tätigkeit ist es zu danken, daß die Arbeiter einen größeren Anteil vom Ertrage ihrer Arbeit haben wie ehemals, einen größeren, wie ihn der Unternehmer freiwillig zugestanden hätte. Das ist ein Erfolg auf dem Wege zum Ziel: Die Arbeit soll ein gleichberechtigter Faktor der Wirtschaft werden. Dem steht das Streben des Unternehmers gegenüber, seine Herrschaft über die Arbeiter aufrecht zu erhalten. Freiwillig gibt der Unternehmer nichts von seiner Macht preis, alles muß ihm abgerungen werden. Wenn auch widerwillig, hat er sich doch schon oft zu Konzessionen bereit finden müssen. Die arbeitsrechtliche Lage der Arbeiterschaft hat sich unzweifelhaft gebessert, doch lange nicht genug, um eine besondere Befriedigung aufkommen zu lassen. Dem Unternehmer aber gehen die gemachten Zugeständnisse schon viel zu weit. Er bemüht sich, seine frühere, unbeschränkte Herrschaft wieder herzustellen. Diesen Bemühungen blieb im ganzen der beabsichtigte Erfolg verlagert. Unsere Gewerkschaften waren noch immer stark genug, die Angriffe der Unternehmer auf die Rechte und die soziale Lage der Arbeiter abzuwehren.

Deshalb sind jedoch diese Absichten der Unternehmer nicht aufgegeben. Sie werden vielmehr von ihnen mit größter Zähigkeit und Hartnäckigkeit weiter verfolgt. Andere Mittel werden versucht, um zum Ziele zu kommen. Das zeigt sich besonders bei der Förderung der Wertsgemeinschaften, durch die sie nicht nur eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeiführen, sondern auch die Demotivierung der Betriebe verhindern und die Gewerkschaften von einer Mitwirkung bei der Festlegung der

## Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Mitglieder.

Nach der in vorliegender Nummer enthaltenen Bekanntmachung des Verbandsvorstandes erhalten alle Ausgesteuerten und alle im Bezug von Arbeitslosenunterstützung stehenden Mitglieder zu Weihnachten eine Unterstützung, die für Ausgesteuerte, die regelmäßig Freimarken geklebt haben, sieben Tagesätze der zuletzt bezogenen Arbeitslosenunterstützung beträgt und für die im Unterstützungsbezug stehenden Mitglieder vier Tagesätze der ihnen zurzeit zustehenden Unterstützung. Da in den meisten Fällen diesen Mitgliedern auch aus lokalen Mitteln eine bescheidene Gabe zuteil werden dürfte, wird ihnen diese Zuwendung von der Organisation wenigstens eine kleine Freude in der trüben Zeit der Not bereiten.

Inwieweit die Zahlstellen in der Lage sind, über den für die zentrale Unterstützung gegebenen Rahmen hinaus noch etwas weiteres zu tun, können wir im gegebenen Augenblick nicht beurteilen. Soweit es die Mittel gestatten, die durch die Opferfreudigkeit der Mitglieder aufgebracht wurden, wird unserer Auffassung nach aber alles geschehen, um dringende Notfälle, wenigstens über die Festtage hinaus, beheben zu helfen.

Möge auch dieser Akt der Solidarität ein Ansporn sein, dahin zu wirken, daß die Bande der Organisation immer fester und inniger geknüpft werden zum Wohle aller Berufsangehörigen.

Der Verbandsvorstand.

Lohn- und Arbeitsbedingungen ausschalten wollen. Diese Absichten läßt man bei dem Eintreten für die Wertsgemeinschaften natürlich nicht laut werden. Die Wertsgemeinschaften sollen angeblich etwas ganz anderes darstellen und bei der Förderung derselben sind die Unternehmer von den idealsten Motiven befeuert. Die Wertsgemeinschaften sollen Ausflüß der persönlichen wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiter sein. So sagt der Unternehmer, und — wir glauben ihm! (Schluß folgt.)

### Der Arbeitsmarkt im November

weist gegenüber dem Vormonat weiter eine erhebliche Verbesserung auf. Die Zahl der völlig Arbeitslosen ist von 6550 oder 12,3 Proz. auf 5220 = 10,3 Proz. gefallen, während die der Kurzarbeiter von 5319 oder 10,5 Proz. auf 3050 = 6 Proz. zurückgegangen ist, so daß am Stichtage die Zahl der Vollarbeiter bereits auf 84 Proz. gestiegen war, gegenüber 76 Proz. im Vormonat.

Selt dem Stichtage Ende Oktober ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen von 7614 auf gegenwärtig 5220 oder von 15,1 auf 10,3 Proz. gefallen, während die Zahl der Kurzarbeiter sogar um 7750 zurückgegangen ist. Während Ende Oktober noch 10 800 oder 21,4 Proz. verfürzt arbeiteten, wurden jetzt, wie bereits erwähnt, nur noch 3050 Kurzarbeiter ermittelt.

Im Einklang mit dieser relativ guten Geschäftslage stehen auch die Berichte über den Geschäftsgang in den Betrieben. Während im Vormonat die Zahl der gutbeschäftigten Berufsangehörigen bereits von 28 auf 50,5 Proz. gestiegen war, ist sie diesmal auf 61 Proz. angewachsen, während 32 Proz. noch zufriedenstellend beschäftigt waren und nur 7 Proz. unter schlechtem Geschäftsgang zu leiden hatten.

In den einzelnen größeren Orten bzw. Zustellen war die Geschäftslage eine außerordentlich unterschiedliche. Während Bielefeld mit 1 Proz. Arbeitslosen und keinen Kurzarbeitern am günstigsten dastand, lag der Chemniger Arbeitsmarkt mit 10,7 Proz. Arbeitslosen und 38,5 Proz. Kurzarbeitern am ungünstigsten. Zieht man nur die Ziffern der Arbeitslosen in Betracht, dann stand Hannover mit seinen 20 Proz. am ungünstigsten.

Im einzelnen waren vorhanden:

	Mittelwerte	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Berlin . . . .	8720	1297 = 14,9 %	46 = 0,5 %
Leipzig . . . .	6700	510 = 7,6 %	275 = 4,1 %
Dresden . . . .	4320	698 = 16,1 %	288 = 7,7 %
Hamburg . . . .	2584	88 = 3,4 %	38 = 1,5 %
Stuttgart . . . .	1775	104 = 5,8 %	259 = 14,9 %
München . . . .	1655	73 = 4,4 %	36 = 2,1 %
Hannover . . . .	1640	324 = 20,0 %	—
Nürnberg . . . .	1620	209 = 13,0 %	195 = 11,7 %
Frankfurt a. M. . . .	1267	141 = 10,9 %	240 = 18,6 %
Bielefeld . . . .	833	7 = 1,0 %	—
Chemnitz . . . .	785	84 = 10,7 %	302 = 38,5 %

Getrennt nach Geschlechtern wurden ermittelt 1760 = 10,1 Proz. männliche und 3430 = 10,3 Proz. weibliche Arbeitslose; dagegen waren an Kurzarbeitern 1000 = 5,7 Proz. männliche und 2050 = 6,1 Proz. weibliche vorhanden. Die Zahl der Mitglieder hat sich mit 50 900 auf der bisherigen Höhe gehalten.

### Erwerbslosenunterstützung und Arbeitslohn

Die im Frühjahr d. Z. begonnenen Beratungen des Reichstages über das Erwerbslosen-Versicherungsgesetz wurden bekanntlich abgebrochen, da es an einer aktuellen Lohnstatistik fehlte, die die Auswirkungen des Gesetzes erkennen ließ. Um diesem Mangel abzuhelfen, beschloß der Reichstag, eine besondere Erhebung über die finanzielle Wirkung des Lohnklassensystems durchzuführen.

Diese am 2. Juli d. Z. durchgeführte Erhebung erstreckte sich auf die erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger des ganzen Reiches. Die wichtigste Frage war die nach dem letzten Wochenverdienst, und zwar des Normalbruttoverdienstes, d. h. also des Verdienstes bei regelmäßiger Arbeitszeit, einschließlich etwaiger Zuschläge zum Arbeitsverdienst (Hilfslohn, Prämien, Leistungs- und Familienzulagen), jedoch ohne

Es erhielten vom Normalbruttoverdienst	Hauptunterstützungsempfänger		
	männlich	weiblich	zusammen
bis 10 Proz. . . .	1 803 = 0,14 Proz.	32 = 0,01 Proz.	1 835 = 0,12 Proz.
über 10 " 20 " . . . .	108 764 = 8,52	2 952 = 0,93	111 716 = 7,01
" 20 " 30 " . . . .	363 111 = 28,45	28 978 = 9,11	392 089 = 24,59
" 30 " 40 " . . . .	356 444 = 27,93	69 213 = 21,77	445 657 = 26,70
" 40 " 50 " . . . .	225 478 = 17,67	82 173 = 25,85	307 651 = 19,30
" 50 " 60 " . . . .	112 858 = 8,84	52 374 = 16,47	165 232 = 10,36
" 60 " 70 " . . . .	51 642 = 4,05	31 114 = 9,79	82 756 = 5,19
" 70 " 80 " . . . .	24 839 = 1,95	17 813 = 5,60	42 652 = 2,67
" 80 " 90 " . . . .	10 903 = 0,85	8 653 = 2,72	19 556 = 1,23
" 90 " 100 " . . . .	7 372 = 0,58	7 667 = 2,41	15 039 = 0,94
" 100 " . . . .	13 105 = 1,02	17 012 = 5,34	30 117 = 1,89
Zusammen . . . .	1 276 319 = 100 Proz.	317 981 = 100 Proz.	1 594 300 = 100 Proz.

Berücksichtigung von Ueberstunden, ohne Abzüge von Steuern und sozialen Abgaben. Von dem am Stichtag vermittelten 1 740 754 Hauptunterstützungsempfängern wurden 1 594 300 von der Erhebung erfaßt, darunter 317 981 weibliche. Das jetzt veröffentlichte Ergebnis der Umfrage läßt erkennen, daß 25 Proz. der Hauptunterstützungsempfänger nur 20 bis 30 Proz. ihres letzten Wochenverdienstes als Unterstützung erhielten. Bei 27 Proz. betrug dieses Verhältnis über 30 bis 40 Proz., während 20 Proz. über 40 bis 50 Proz. erhielten. Wie dies Verhältnis im einzelnen sich gestaltete, zeigt obenstehende Tabelle.

Beachtenswert bei dieser Zusammenstellung ist das unterschiedliche prozentuale Verhältnis. Während bei den Männern das Schwerk Gewicht des Unterstützungsvorhältnisses zwischen 20 bis 50 Proz. liegt, verschiebt es sich bei den Frauen zu deren Gunsten in die Stufen zwischen 30 bis 60 Proz. Seinen natürlichen Grund hat dies in den geringeren Löhnen der Arbeiterinnen und den feststehenden Sätzen der Erwerbslosenfürsorge. Aus denselben Gründen ertücht es sich auch, daß eine relativ hohe Zahl dieser Unterstützungsempfänger sogar bis über 150 Proz. ihres Verdienstes als Unterstützung erhielt. Waren doch beispielsweise von den 17 012 in der Tabelle aufgeführten Arbeiterinnen, die über 100 Proz. ihres Lohnes als Unterstützung erhielten, nicht weniger als 90 Proz., die unter 6 bis höchstens 11 Mt. als letzten Wochenverdienst hatten.

Eine Untersuchung der Frage, inwieweit Familienzuschläge in Frage kamen, ergab, daß mehr als die Hälfte der Erwerbslosen, nämlich 54 Proz., ohne versorgungsberechtigte Angehörige war, und zwar waren es bei den Männern 45 Proz., bei den Frauen sogar 89 Proz. Nur einen zuschlagsberechtigten Angehörigen hatten 20 Proz. der Männer und 8 Proz. der Frauen, während 15,7 Proz. männliche und 2 Proz. weibliche Erwerbslose mit zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen in Frage kamen.

Eine Prüfung der Frage, wie die im Gesetz vorgesehene Lohnklasseneinteilung sich auswirken würde, ergibt, daß von den 317 981 weiblichen Unterstützungsempfängern 45 Proz. in die II. und 39 Proz. in die III. Klasse kommen würden, während von den männlichen 24 Proz. auf die III., 33 Proz. auf die IV. und 35 Proz. auf die V. Klasse entfielen. Die im Gesetz vorgesehene Klasseneinteilung bedeutet also eine sehr starke Benachteiligung der männlichen Versicherten. In dieser Beziehung läßt der Gesetzesentwurf die heutigen Lohnverhältnisse ganz unberücksichtigt. Schon wenn man nur unser eigenes Gewerbe mit seinem Spitzenlohn von 92 bis 100 Pf. dabei in Betracht zieht, wird man erkennen, daß die Lohnklasseneinteilung unhaltbar und ungeeignet ist und um mindestens zwei weitere Lohnklassen mit den gleichen Lohnabständen vermehrt werden muß. Teilt man die männlichen Unterstützungsempfänger danach ein, dann würden 23 Proz. in die Lohnklasse von 40 bis 50 Mt. und 9 Proz. in die von 50 bis 60 Mt. kommen, während für die höchste Klasse mit einem Wochenverdienst von über 60 Mt. noch immer 4 Proz. verblieben, also das Dreifache, wie in der ersten Klasse.

Die Arbeiterschaft hat daher alle Ursache, auf diesen Punkt ihr ganz besonderes Augenmerk zu wenden, um diese Nachteile zu verhüten.

### Die Behandlung von Gummi arabicum und Dextrin.

Obgleich von namhaften Klebstofffabriken vorzügliche säurefreie und geruchlose Klebstoffe für Gummierzwecke in breiartiger und in Pulverform hergestellt

werden, die nach der Gummierung von Gummi arabicum bezüglich des Aussehens und der Klebkraft nur mit Mühe unterschieden werden können, wird doch der sogenannten echten Gummierung mit Gummi arabicum manchmal der Vorzug gegeben. Insbesondere findet Gummi arabicum wegen seiner neutralen Beschaffenheit auch bei der Herstellung von Musterkarten, zum Einkleben von Stoffmustern empfindlicher Farben, Verwendung, soweit nicht helles Dextrin die gleichen Dienste tut. Wegen der selteneren Verwendung des Gummi arabicum ist der Umgang damit weniger geläufig, so daß das Auflösen nicht immer einwandfrei gelingt, und hierbei dann ein Teil der Klebkraft verloren geht, ganz abgesehen davon, daß dann auch der Verbrauch ein größerer ist. Außerdem wird Gummi arabicum infolge falscher Behandlung leicht sauer, und die Folge ist dann außer anderen Unzulänglichkeiten, daß z. B. Bronzebrüche nach erfolgter Gummierung leicht oxydieren.

Gummi arabicum verlangt vor allen Dingen größte Reinlichkeit. Die Gefäße, die zum Auflösen benutzt werden, müssen vordem mit heißem oder kochendem Wasser ausgebrüht werden. Am besten eignen sich Holz-, Ton- oder Steingutgefäße, wogegen die Masse in rohen Metallgefäßen leicht zu säuern beginnt. Vor Beginn des Auflösens wird der je nach Qualität des Gummi arabicum oft reichliche Urnat, von der Baumrinde oder auch von Fäulnissen her stammend, herausgeseiht. Die Auflösung erfolgt in kaltem Fluß- oder Regenwasser, oder in abgekochtem und erkaltem Brunnenwasser. Bis zur völligen Auflösung vergehen etwa sechs bis acht Stunden. Durch öfteres Umrühren wird die Auflösung gefördert. Wenn der gebrauchsfähige Zustand beschleunigt werden soll und die Masse am gleichen Tage verbraucht wird, dann kann zur Auflösung warmes Wasser benutzt werden. Die Aufbewahrung des Gefäßes, das zugedehnt werden muß, erfolgt an einem dunklen, aber temperierten Ort. Da die Masse leicht säuert, ist es ratsam, nur eine solche Menge anzumachen, wie sie in einigen aufeinanderfolgenden Tagen verarbeitet werden kann. Vor Ingebrauchnahme wird die Masse durch ein engmaschiges Gewebe gedrückt, in dem der Urnat zurückbleibt.

Häufig wird Gummi arabicum auch mit anderen Klebemitteln vermischt, z. B. mit Dextrin oder Kollum. In diesem Falle muß jede Klebstoffart für sich aufgelöst oder angemacht werden. Dextrin wird mit kaltem Wasser gut durchgerührt, so daß sich keine trockenen Klumpen mehr in der Masse befinden. Auf ein Kilogramm Dextrin gehört etwa ein Liter Wasser. Sobald das Dextrin gehörig durchgerührt ist, wird das Gefäß unter ständigem Umrühren so lange auf Feuer gesetzt, bis sich die ersten kleinen Bläschen vor dem Kochen bilden. In diesem Augenblick wird das Gefäß, da das Dextrin nicht kochen darf, vom Feuer genommen. Nachdem läßt man die Masse in einem anderen Gefäß erkalten, und kann zu dem angegebenen Quantum etwa 40 bis 50 Gramm Glycerin zusetzen, wodurch sich die Masse geschmeidig auflösen läßt. Uebrigens wird durch den Glycerinzusatz auch dem Einrollen der Bogen oder Streifen begegnet. Mit dem Glycerinzusatz muß Maß gehalten werden, wenn nicht dadurch böse Folgen heraufbeschworen werden sollen. Bei einem etwas zu starken Zusatz kleben die gummierten Papiere, da Glycerin bei feuchter Witterung Feuchtigkeit anzieht, leicht zusammen. Die Verdünnung des Dextrins erfolgt mit abgekochtem und wieder erkaltem Wasser. Bei billigen Erzeugnissen wird für Gummierzwecke häufig Dextrin in bräunlicher Färbung verwandt. Auch bei diesem ist es empfehlenswert, keine zu großen Mengen anzumachen. F. R.



## Höchste Kapitalrente.

Schon oft wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß der Verband nach jeder Seite hin die allerbeste Sparkasse darstellt. Durch die an den Verband gezahlten Beiträge werden neben sonstigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen Lohnerhöhungen den Unternehmern abgetrogt, die den wöchentlichen Verbandsbeitrag in sehr vielen Fällen um das Vielfache übersteigen. Durch die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden Unterstützungseinkünften des Verbandes genießen die Mitglieder weitere Vorteile, die manchem unserer Kollegen und Kolleginnen gar nicht klar zum Bewußtsein kommen. Zeigen wir also einmal an einigen Fällen rechnerisch auf, wie gewaltig der Nutzen für einzelne Mitglieder ist, die gezwungen sind, die Invalidenunterstützung des Verbandes in Anspruch nehmen zu müssen:

Der Kollege A. ist im Jahre 1914 im Alter von 36 Jahren invalide geworden. Bis zum Eintritt seiner Erwerbsunfähigkeit hatte er 39 M. an Invalidenbeiträgen geleistet. Für diese 39 M. ist er berechtigt, pro Jahr 300 M. Unterstützung zu beziehen. Das in Form von Beiträgen angesammelte Kapital verzinst sich mithin für ihn mit 769 Proz. pro Jahr bis zu seinem Lebensende!

Der Kollege B. ist im Jahre 1914 im Alter von 69 Jahren invalide geworden. Er hatte bis dahin 47,25 M. an Invalidenbeiträgen geleistet. Dafür bezieht er pro Jahr eine Rente

von 300 M. Sein eingezahltes Kapital verzinst sich somit mit 635 Proz. pro Jahr bis zu seinem Tode!

Der Kollege C. ist im Jahre 1919 invalide geworden. Er hat bis dahin 78 M. an Invalidenbeiträgen bezahlt. Dafür erhält er eine jährliche Rente von 300 M. und verzinst sich somit der gezahlte Beitrag pro Jahr mit 384 Proz.

Der Kollege D. ist im Jahre 1924 im Alter von 71 Jahren invalide geworden. Bis dahin hatte er 122,40 M. an Beiträgen für die Invalidenunterstützung geleistet. Dafür erhält er 480 M. Rente pro Jahr, was einer Verzinsung des gezahlten Beitrages von 392 Proz. im Jahr gleichkommt!

Diese vier Fälle sind nicht etwa besonders ausgesucht, sondern willkürlich herausgegriffen. Sie dürften aber immerhin typisch sein für die finanzielle Wirkung der gezahlten Invalidenunterstützung im Verhältnis zu den eingezahlten Beiträgen für diesen Unterstützungszweig des Verbandes.

Angeichts dieser einwandfrei festgestellten, geradezu großartigen Leistungen des Verbandes kann mit vollem Recht gesagt werden: **Wer an den Verbandsbeiträgen spart, spart am falschen Fleck**, denn es gibt keine bessere Sparkasse, keine andere Institution, die die eingezahlten Beträge besser zugunsten der Einleger anwendet als unser Verband. X.

## Die 48 stündige Arbeitszeit.

Zu dem Verlangen der Gewerkschaften, durch ein Notgesetz die Arbeitszeit auf 48 Stunden zu beschränken, nimmt ein „Fabrikant“ in Nr. 47 der „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung“ Stellung. Sachlichkeit scheint diesem Herrn ein unbekannter Begriff zu sein. Auch geht es ihm anscheinend gar nichts an, wie es mit der Beschäftigung in der eigenen Industrie aussieht. Ihm ist es in die Knochen gefahren, daß in dem Notgesetz vorgesehen sein soll, daß es bei Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe androht. Entrüstet stellt er fest, „ein solches Verlangen kann mit parlamentarischen Ausdrücken überhaupt nicht charakterisiert werden“. Diesen Gefühlsausbruch wollen wir dem guten Mann nicht übel nehmen. Die Unternehmer sind es ja heute gewohnt, daß sie bei Verstößen gegen die im Interesse der Arbeiterschaft erlassenen Gesetze und Verordnungen unbehelligt bleiben.

Dann aber zieht unser „Fabrikant“ gegen die Gewerkschaften vom Leder. Er schreibt:

„Die Gewerkschaften vertreten bei diesem Antrage absolut nicht die Interessen der tätigen, tüchtigen und fleißigen Arbeiter. Sie können sich auf keinerlei Abstimmungsergebnisse in den Betrieben berufen, da sie solche gar nicht vorgenommen haben und in den meisten Fällen nur eine riesige Blamage erleben würden, wenn sie solche vornehmen würden. Höchstens vertreten sie dabei die Interessen der Erwerbslosen, deren Zusammenfassung unten näher besprochen werden soll!“

Nach der Anschauung dieses „Fabrikanten“ bestehen die Arbeitslosen aus solchen, die „tüchtig“ und „ordentlich“ lediglich wegen mangelnder Beschäftigung aus ihren früheren Arbeitsstätten entlassen sind, und solchen, die „wegen schlechter Leistungen, Faulheit und aus ähnlichen Gründen abgestoßen worden sind und aus solchen, die überhaupt nicht arbeiten wollen“. Es ist schade, daß dieser Fabrikant nicht den Mut hat, seinen Namen zu nennen, unsere arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen würden wahrscheinlich sehr leicht geneigt sein, ihm ein Privatissimum über die Ursache ihrer Arbeitslosigkeit zu halten.

Der „Fabrikant“ der „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung“ soll nur gefälligst seine Augen auf-

machen, dann kann er, wenn er einmal fünf Minuten lang nicht nur an seinen eigenen Profit denken will, sehr wohl sehen, daß das Verlangen der Gewerkschaften auf Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens 48 Stunden im Interesse der Volkswirtschaft im ganzen liegt. Doch das weiß er selbst schon sehr genau, nur seine Angst um seinen Profit zwingt ihn zu den niederträchtigsten Beschimpfungen der Arbeitslosen. Wie sieht es denn heute in den Betrieben aus, wie wird denn die Arbeiterschaft beeinflusst, um länger zu arbeiten? Da hält der Unternehmer an sein Personal folgende Ansprache:

„Leute, ich habe einen großen Posten Arbeit in Aussicht. Diesen Auftrag nehme ich ohne jeden Nutzen für mich herein, nur um Lohn und Brot für euch zu schaffen. Die Arbeit muß schnell fertig werden, ihr müßt anstatt jetzt 24 Stunden in den nächsten Wochen 54 Stunden arbeiten. Der Preis ist auf das knappste berechnet, aber in 54 Stunden kommt ihr schon auf euren Afford-lohn usw.“

Das ist ein Fall aus der Praxis. Unter erbärmlichster Ausnutzung der Notlage der Arbeiterschaft hat schon so manche Belegschaft ihr eigenes Interesse mit Füßen getreten zur Freude des Unternehmers. Und die Folge ist, die auf Kosten des Lohnes eingesetzten Schleuderpreise finden Eingang in die Branche und Verbreitung zum Nachteil des anständigeren Teiles der Unternehmer!

Noch ein anderes Bild. Der Herr „Fabrikant“ der „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung“ wird mir vielleicht sagen können, was der folgende Revers bedeutet, den ich in einer vorübergehenden Stellung vorgelegt bekam:

### Festes Abkommen.

Ich erkläre mich mit einem Stundenlohn von Pf. . . . einverstanden; die Kündigung beträgt . . . Tage.

Ein anderes Lohn- und Kündigungsabkommen mit der Firma . . . besteht nicht. P. . . . den . . . 1926.

Das war nichts anderes als ein Druck auf mich, auf den Tariflohn zu verzichten! Und da ich nicht zum Verräter an meinen Mitarbeiterinnen werden wollte, habe ich dem Unternehmer etwas — gestuft, und jetzt gehöre ich wahrscheinlich auch zu denen, die

der „Fabrikant“ als faul zu beschimpfen sich erdreißt. Und soll ich noch daran erinnern, wie besonders wir Arbeiterinnen in den letzten zwei Jahren bearbeitet wurden, um auf unsere tariflichen Rechte zu verzichten? Da mußte der Werführer Abstimmungen im Betrieb vornehmen. Ich habe mich manchmal über die Resultate geschämt, doch auch andererseits ein menschliches Verständnis infolge der allgemeinen Notlage dafür gehabt. Diese Sorte Abstimmungen, Herr „Fabrikant“, bei der Sie in der einen Hand ein Stück Zuckerbrot, in der anderen die Peitsche halten, sind die schändlichsten, sie zeugen von brutaler Ausnutzung der Notlage meiner Kollegen und Kolleginnen! Wenn dieser „Fabrikant“ solche Abstimmungen im Auge hat, dann soll ihm zugegeben werden, daß wir als Gewerkschaft dabei manche Niederlage erlitten haben. Kann er sich jedoch mit solchen Abstimmungen brüsten? Wie so ganz anders würde eine freie, unbeeinflusste Abstimmung ausfallen über die Frage der 48-Stunden-Woche. Denn gerade wir Arbeiterinnen wissen wohl mehr als die Männer den Achtstundentag zu schätzen. Sind wir es doch, und die zu Hause noch erheblich Arbeit wartet und laßt.

Den Ausschlag, den die Kartonnagenindustrie in den Nachkriegsjahren genommen hat, beseitigt die Jagd nach langer Arbeitszeit, beseitigt auch der ständige Lohndruck. Ein „Fabrikant“ jagt dem anderen die Arbeit ab zum Schaden der Industrie und auf unsere Kosten. Mit gutem Gewissen kann gesagt werden, daß wir mit einer sechs- bis siebenstündigen Arbeitszeit in der Kartonnagenindustrie vollkommen auskommen würden. Denn noch heute haben wir z. B. in Dresden 49 Facharbeiter, 138 Facharbeiterinnen, 9 Hilfsarbeiter und 482 Hilfsarbeiterinnen vollständig arbeitslos. Sind das alles faule Menschen, die nicht arbeiten wollen? Ganz zu schweigen von den 130 männlichen und 400 weiblichen Kurzarbeitern. Annaberg-Buchholz hat auch noch 65 Facharbeiter als Arbeitslose, über 100 arbeiten verkürzt. Ist es da nicht mehr als unverfänglich, zu sagen, das sind alles Leute, die nichts leisten, sind Faule oder solche, die der Betrieb „abgestoßen“ hat?

Dem „Fabrikanten“ der „Kartonnagen- und Papierwarenzeitung“ (übrigens: Kann unsere Redaktion dieser Zeitung nicht einmal auf die Finger klopfen dafür, daß diese so unbesonnen alle die gegen uns gerichteten Schandartikel abdruckt?) scheint auch nicht bekannt zu sein, daß der Reichsarbeitsminister sich genötigt sah, um der großen Arbeitslosigkeit zu steuern, einen Erlaß an die Unternehmer herauszugeben, nach dem die Überstunden auf ein Mindestmaß zu beschränken sind. Der „Fabrikant“ regt sich über die geforderte Bestrafung der Unternehmer auf, die gegen die Bestimmungen des geforderten Notgesetzes verstoßen. Er selbst aber ist ein Schulbeispiel dafür, daß es noch recht viele hartgesottene Sünder von Fabrikanten gibt, die nur durch Strafen zur Vernunft gebracht werden können. Und warum denn zweierlei Behandlung? Warum soll eine Arbeiterin, die aus drückender Not ein Brot stiehlt, eingelocht werden, daneben aber ein Fabrikant, der aus Eigennutz seinem Personal die Freiheit und das Recht stiehlt — und damit der Veranlasser der Notlage anderer Arbeiter wird — straffrei ausgehen?

Ich bin der Meinung, für die Kartonnagenindustrie reicht die 48-Stunden-Woche vollkommen aus. Daran mag auch die Schimpferei eines „Fabrikanten“ nichts ändern. Veronika.

## Vertrauen ist nötig!

Mißtrauen — sagte man — sei gut und tugendhaft.

Mir ist es recht, wenn für die Gegnerschaft Des Proletariats dies gilt. Doch in den eigenen Reihen

Muß, soll das Werk zu Lieb und Lust gedeihen, Zur Blüte sich und auch zur Frucht gestalten, Ein großes Maß Vertrauen walten.

Am besten läßt ein großes Haus sich bauen, Wenn sich Vertrauen findet zu Vertrauen!

### Ein kleiner Irrtum!

Das „Journal für Buchbinderei“ bringt in seiner Nr. 48 einen Artikel über „Das Buchbindergewerbe in Dresden“. Darin wird u. a. gesagt:

„Dresden gehört zur zweiten Ortstasse, die Entlohnung des Buchbindergehilfen ist daher im Verhältnis zu vielen anderen Gewerben eine sehr günstige. Der Spigenlohn beträgt 1,06 Mk. für die Stunde, während der Ausgelernte im ersten Gesellenjahr 66½ Pf. beanspruchen kann bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden. Namentlich in den beiden letzten Jahren scheint daher auch bei den unbemittelten Eltern die Erkenntnis durchgedrungen sein, daß das spätere Fortkommen für den gelernten Arbeiter weit günstiger ist als bei dem ungelerten, denn seit diesem Zeitpunkt ist der Andrang zum Buchbindergewerbe in Dresden so groß, daß über die Hälfte der Stellenjüngenden abgewiesen werden mußte. Annähernd 50 Lehrlinge wurden in diesem Jahre in die Lehrlingsstammrolle der Dresdener Buchbinder-Zwangsunion eingetragen, und der Andrang für Ostern 1927 scheint nicht minder stark zu werden.“

Zu diesen Ausführungen ist zu bemerken, daß dabei dem Einsender ein „kleiner“ Irrtum unterlaufen ist, denn die Spigenlöhne der Gehilfen sind leider nicht so „sehr günstig“, sie betragen obendrein noch nicht einmal, wie angegeben, 66½ bzw. 1,06 Pf., sondern in der Tarifklasse II mit Stern, die für Dresden maßgebend ist, nur 56½ bzw. 90½ Pf. pro Stunde, das sind 4,80 bis 7,44 Mk. pro Woche weniger als im „Journal für Buchbinderei“ zu lesen ist.

Wenn der Verfasser bemerkt, daß in Dresden ein großer Andrang von Lehrlingen für unser Gewerbe besteht, dann mag das ja für die Buchbindermeister recht angenehm sein. Wir aber können beim besten Willen nicht, so wie es der Verfasser hinzufügen beliebt, unsere Entlohnung als besonders verlockend zum Erlernen des Gewerbes anerkennen. Für den Andrang von Lehrlingen haben wir eine bedeutend abweichendere Erklärung. XX

### Schmutzkonzurrenz durch Gefängnisarbeit.

Ein Zweig der papierverarbeitenden Industrie, der am meisten unter der Gefängnis-konkurrenz zu leiden hat, ist unzweifelhaft die Tüten- und Beutelfabrikation. Wenn es trotz aller Schwierigkeiten gelang, in dieser Branche zu etwas besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu kommen, dann ist das ein Beweis dafür, welche ungeheure Summe von Arbeit damit verbunden war.

Das Untersuchungsgefängnis in Frankfurt a. M. war schon früher Gegenstand von Angriffen wegen seiner Schmutzkonzurrenz. Darin scheint sich trotz aller Beschwerden nichts geändert zu haben. Neuerdings wird uns ein Fall bekannt, nach dem ein Großfist in Frankfurt a. M. einer Papierwarenfabrik einen Auftrag entzog, für die jene Fabrik pro 1000 einen Arbeitslohn von 1,90 Mk. zahlen muß, während die Gefängnisverwaltung des Frankfurter Untersuchungsgefängnisses für das Tausend — 90 Pf. Arbeitslohn berechnet! Das auf diese Weise jede Konkurrenz aus dem Felde geschlagen wird, ist selbstverständlich. Und da in Zeiten großer Arbeitslosigkeit so mancher strebsame und ehrliche Arbeiter strauchelt, ist es kein Wunder, daß die Gefängnisse überfüllt werden. Die „Gerechtigkeit“ des kapitalistischen Systems bringt dies mit sich. „Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr sie der Pein.“ Daß aber durch diese Methode noch mehr Arbeiter bzw. Arbeiterinnen durch die so erzeugte Arbeitslosigkeit im Gefängnis enden müssen, scheint den Erhebungen und Auswertungen dieses Systems nicht einzuleuchten. Die in Frage kommende Firma weist nun darauf hin, daß es ihr unmöglich sei, die jetzige Zahl der Arbeiterinnen weiter zu beschäftigen, wenn diese Unterbietungen fortgesetzt werden.

Auch von anderen Orten sind schon sehr oft Klagen gerade über die Frankfurter Gefängnisverwaltung und ihre Preise gekommen. Es wird Sache des Landtages sein, diesen Dingen einmal nachzugehen. Unseres Wissens sollen doch Richtlinien bestehen, nach denen die Preisgestaltung so sein soll, daß nicht jede Privatkonzurrenz ausgeschaltet wird. Hoffen wir, daß man sich auch in Frankfurt a. M. bald einmal danach richtet.

### Eine Hand eingebüßt.

In Nr. 48 der „Buchbinder-Zeitung“ wird aus Hannover berichtet, daß eine Kollegin beim Prägen an der Revolverpresse die linke Hand eingebüßt habe, weil sie mit der Hand in die Maschine — zwischen Prägeplatte und Matrize — geriet. Der Unfall sei wahrscheinlich dadurch entstanden, daß ein Blatt in- folge frischen Druckes an der Prägeplatte haften blieb und die Kollegin beim Abnehmen des Blattes zu viel Zeit verlor. Zweifelloß ist es richtig, daß sie — wie in dem Bericht gesagt wurde — durch „diese unvorsichtige Handlung“ sich selbst zum Krüppel machte. Aber ist dieses Kleben der Blätter an den Prägeplatten nicht eine fast alltägliche Erscheinung? Kennt nicht jede Prägerin den Kummer, den sie beim Prägen mit allzu frischen Drucken hat? Dabei sind die Preise für das Prägen so niedrig berechnet, daß sie mit jeder Minute rechnen muß, um nur zu einem halbwegs annehmbaren Verdienst zu kommen. Es ist Jahre her, daß ich eines Tages mal ein solches armes Opfer an der Revolverpresse neben mir mit einem furchtbaren Aufschrei zusammenbrechen sah, das auch mit der Hand zwischen Platte und Matrize gekommen war und sich die Hand abquetschte, weil die frisch gedruckten Blätter so stark klebten. Wer es mitgemacht hat, dem ist ein solcher Vorgang wohl unvergesslich fürs ganze Leben. Und wie häufig kommen solche Unfälle vor; wenn sie auch nicht immer so schwere Folgen wie bei den vorerwähnten beiden Kolleginnen haben. Sind doch beispielsweise nur im letzten Jahr nach dem Jahresbericht der Papierverarbeitungs-gesellschaft nicht weniger als 133 Unfälle an den Kniehebel- und Hebelpressen vorgekommen, von denen 25 dauernden Schaden hinterließen. An den Spindelprägepressen ereigneten sich sogar noch weitere 166 Unfälle, von denen 36 ent-schädigungspflichtig waren.

Trotz dieser gefährdenden und vielfach außer-ordentlich niedrig entlohten Beschäftigung findet man doch noch sehr viele, besonders in der Zugs-papier-branche, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, obwohl sie nur dadurch allein die Arbeitsverhältnisse dauernd zu bessern vermögen. Hier erwacht den Betriebsräten und Vertrauensleuten der Organisation noch eine große Aufgabe: die große Masse der indifferenter Kolleginnen aufzuklären, sie auf die Gefahren ihres Berufes aufmerksam zu machen und für unseren Verband zu gewinnen, damit für alle Beschäftigte eine menschen-würdige Entlohnung und möglichst gefahrlose Be-schäftigung erkämpft werden kann. Allein laßt ihr euch oft willen- und gedankenlos zu Krüppeln machen, dagegen könnt ihr vereint allen diesen Gefahren trohen.

### Auf den Erlaß des Reichsarbeitsministers betr. Ueberstunden wird gepfeifen!

Wer unsere Unternehmer, die Industriebarone bis herab zu den kleinsten Fabrikanten, kennt, war sich wohl klar darüber, daß nur weisse Raben von dem Erlaß des Reichsarbeitsministers Notiz nehmen würden, nach dem die Arbeitslosigkeit durch mögliche Beschränkung der Ueber-stunden eingebämmt werden soll. Dieser Erlaß war für die große Mehrzahl der Unternehmer Luft, den radikalen Elementen sehr wahrheitsgemäß eine „unerschämte“ Einmischung in den Gang der Betriebe. Der zweite Erlaß an die Sozialministerien aller Länder machte sich nötig. Dieser Erlaß gab schon eher Raum zu berechtigten Hoffnungen.

Wie arbeiten nun die Unterbehörden? In Ober-wiesenthal i. E. ist von drei Betrieben nur die Firma Schreiter vollbeschäftigt. Viele unserer Kollegen sind seit Monaten arbeitslos. Und doch erhält Schreiter Genehmigung, am Bußtag (17. November) arbeiten zu dürfen, obwohl unsere Annaburger Verbandsleitung das Gewerbeamt darauf aufmerksam machte, daß im Hauptbetrieb in Annaberg noch Leute eingestellt werden können, die schon viele Monate arbeitslos sind!

Nun aber das Kuriose bei der Sache. Die Filiale Schreiter in Oberwiesenthal arbeitet wöchentlich 54 Stunden. An Feiertagen, die auf einen Wochentag fallen, erhält Schreiter Erlaubnis zum arbeiten. Und zur gleichen Zeit, ja in der gleichen Woche, ist der Arbeitsnachweis Oberwiesenthal genötigt, vier arbeits-

lose Kartonnagenarbeiter von noch vielen an den Arbeitsnachweis in Limbach zu überweisen. Dort hätten unsere gequälten Kartonnager zwar Arbeit haben können, nicht aber eine Wohn- und Schlaf-gelegenheit. Sie mußten unverrichteter Sache von Limbach abdampfen und wieder nach Oberwiesenthal gehen. Nun liegt ihre Arbeitskraft dort noch immer brach, und sie dürfen sich die Wertstube Schreiter von außen ansehen, obwohl sie zum Teil vor der Krise im Betrieb beschäftigt waren!

Dem Gewerbeaufsichtsamt Annaberg wäre wohl zu empfehlen, nicht nur mit den Unternehmern telephonisch in Verbindung zu treten, sondern auch ein klein wenig Gewicht auf die Angaben der Verbandsfunktionäre zu legen. Seine höchste Aufgabe aber sollte es darin sehen, sich Auf-schluß beim Arbeitsnachweis am Orte einzuholen. Das liegt nach meinem Dafürhalten im Erlaß des Reichsarbeitsministers begründet. E. e.

### Mittelalterliche Zustände.

Das reizend an den Ufern des Mains liegende historisch berühmte Städtchen Wertheim birgt in seinen Mauern den Kunststempel „Wertheimer Zei-tung“, Buch- und Abzidendrucker, Inhaber Hinkel. Auch ein Buchbinder ist im genannten Betrieb be-schäftigt gewesen, der fristlos entlassen wurde, an-geblich wegen grober Beleidigung des Chefs. Anläß-lich eines Wortwechsels zwischen dem in Frage kom-menden Kollegen W. und Herrn Hinkel infolge ge-schäftlicher Differenzen soll Herr Hinkel dem Kol-legen W. gegenüber geäußert haben: „Sie haben wohl überhaupt keine Lehre gehabt?“ Darauf erfolgte die Antwort des Kollegen W.: „Eine bessere als Sie!“

In dieser Antwort soll die „grobe Beleidigung“ liegen, wegen der Kollege W. fristlos entlassen wurde. Klage beim Amtsgericht Wertheim auf Entschädigung im Betrage von 71,20 Mk. war die Folge. Beim ersten Termin machte Herr Hinkel geltend, Kollege W. habe im Verlauf des bewußten Streites geäußert: „Schmeißen Sie mich doch raus, wenn es Ihnen nicht paßt!“ Diese Äußerung will er durch Zeugen beweisen. Unter diesen Umständen mußte Vertagung beantragt werden. Kollege W. mußte gleich nach seiner Entlassung den Ort verlassen, da er sich dort unmöglich wochenlang ohne Beschäftigung aufhalten konnte. Die Klage wurde durch das Arbeitersekretariat Alschaffenburg anhängig gemacht und vertreten. Kollege W. war unterdessen in Nord-deutschland in Arbeit getreten. Diese Tatsache sowie die Erfahrungen, die im ersten Termin gemacht wor-den waren, veranlaßten, daß die Klage als aussichtslos zurückgezogen wurde.

Warum wir die an sich recht unbedeutende Sache hier zur Sprache bringen? Sie lehrt mit aller Deut-lichkeit, daß bei etwaigen Differenzen im Arbeits-verhältnis äußerster Vorzicht am Platze ist. Obwohl es menschlich vollkommen begreiflich ist, wenn das Verhalten ruppiger Unternehmer oder Wert-meister den Arbeiter so in Aufregung bringen, daß ihm schließlich auch einmal die Galle überläuft, dann muß dabei — so schwer es auch fallen mag — doch immer die nötige Ueberlegung und kaltes Blut be-halten werden.

Geradezu mittelalterliche Umgangsformen müssen bei dem nach seiner Auffassung fach- und kaufmännisch gebildeten Herrn Hinkel alltäglich sein. Nicht genug, daß die Lehrlinge nach allen Regeln der Kunst weiblich verprügelt werden, wobei Herr Hinkel durchaus nicht wählerisch in der Anwendung der Mittel ist, bringt es dieser „Herr im Hause“ fertig, einen Lehrling nach ausgiebiger Verprügelung unter Entziehung des Mittagessens während der Mittags-pause in das Papierlager einzusperrern! Aber auch Maschinenmeistern gegenüber erlaubt sich dieser Prügelheld Handgreiflichkeiten!

Ueberblickt man das Geschilderte, dann muß man sich doch wundern, daß ein mit derartig selbstherrlichen und robusten Mürren ausgestatteter Mensch auf ein-mal ein solch feines Ehrgefühl herausstecken will, wie das unserem Kollegen W. gegenüber geschehen ist. Herrn Hinkel ist sehr zu empfehlen, Knigges „Um-gang mit Menschen“ eingehend zu studieren und danach zu handeln.

F. W.



## Unorganisierte haben keinen Anspruch auf den Tariflohn.

Viele unserer Berufsangehörigen, vor allen Dingen ein großer Teil unserer Kolleginnen, glauben Anspruch auf den tariflichen Lohn zu haben auch dann, wenn sie nicht Mitglied unseres Verbandes sind. „Du was soll ich Beiträge zahlen, ich bekomme den Tariflohn auch ohnedem“, das ist ihr Gedanke, der sie von der Organisation abhält. Die Unternehmer sind stark daran interessiert, solche Anschauungen zu unterstützen und die Arbeiterchaft von der Organisation fernzuhalten. Sie befürchten darum nach Kräften diese Auffassung und verprechen den Tariflohn und sonstige Annehmlichkeiten, um die Arbeiterchaft vom Verband abzuhalten. In der Praxis stellt sich dann aber immer heraus, daß außer dem Sonderlohn, der dadurch entsteht, daß durch mangelhafte Organisation der Lohn nicht zeitgemäß gestaltet werden kann, diese Unorganisierten dann nach mehr oder weniger langer Zeit zu ihrem Ersuchen sehen müssen, daß sie weit unter Tarif, manchmal kaum nur zur Hälfte des festgelegten Tariflohnes arbeiten. Denn aber ist die Klage groß!

Diese gewiß nicht angenehme Erfahrung mußten auch einige Kolleginnen des „Neuköllner Tageblattes“ machen, dessen Mitinhaber Dr. Glasmann selbst den Lohn für die Buchbindereiarbeiterchaft in den Berliner Buchdruckereien in seiner Eigenschaft als Kommissionsmitglied der Unternehmer geschaffen hatte. Bis zu 11 Mk. pro Woche wurde den in Frage kommenden Arbeiterinnen zu wenig an Lohn gezahlt! Wie üblich, viel zu spät schlossen sich die Kolleginnen dem Verbands an und verlangten dann von diesem, ihre Interessen der Firma gegenüber vor dem Gewerbegericht zu vertreten.

In einer Teilklage ist dann einer der Klägerinnen für die Zeit der Organisationszugehörigkeit der tarifliche Lohn zugesprochen worden, für die vormals liegende Zeit wurde die Klägerin abgewiesen. Das für die unorganisierten Kolleginnen und Kolleginnen sehr beachtliche Urteil sagt dazu:

Die Klägerin war vom 5. Juli 1925 bis zum 22. Oktober 1926 bei der Beklagten in deren Buchbindereiarbeitung beschäftigt und hat einen Wochenlohn von zuletzt 14 Mk. erhalten. Sie erhebt Anspruch auf den Tariflohn der geübten Buchbindereiarbeiterinnen in Buch- und Zeitungsdruckereien in Höhe von 24,96 Mk. wöchentlich, den sie trotz ihres Verlangens nicht erhalten könne. Sie hat demgemäß Nachzahlung des Unterschiedes zwischen diesem Tariflohn und dem ihr gezahlten Lohn in Höhe von 10,96 Mk. für die Zeit vom 17. April 1926 bis 22. Oktober 1926, mithin für insgesamt 26 Wochen in Höhe von 284,76 Mk. gefordert.

Neben anderen Einwänden berief sich die beklagte Firma u. a. auch darauf, daß die Klägerin weder Mitglied des Verbandes der Buchbinder sei, noch habe sie jemals Anspruch auf Tariflohn erhoben.

Darauf hat die Klägerin dem Gericht eine Bescheinigung des Verbandes vom 8. November 1926 Mitglied des Verbandes ist. Auch hat sie behauptet, daß sie schon lange vorher durch den Betriebsrat Anspruch auf Lohnerhöhung erhoben habe.

Das Gericht stellte nach längerer Beweis-erhebung fest, daß die Klägerin Anspruch auf den Tariflohn für geübte Buchbindereiarbeiterinnen hat.

Sie kann jedoch diese Tariflohnforderung erst von dem Zeitpunkt ab geltend machen, von dem ab sie demjenigen Verbands angehört, der als Tarifpartei die in Frage stehenden Tarifverträge abgeschlossen hat. Da jedoch die Klägerin dem Verbands erst seit 13. September 1926 angehört, kann sie auch erst von diesem Zeitpunkt ab den Tariflohn von 24,96 Mk. verlangen. Daß sie ihn zu diesem Zeitpunkt gefordert hat, ist von dem Zeugen L. bestätigt worden. Demgemäß steht ihr die eingeklagte Differenz von 10,96 Mk. nicht für 26 Wochen, sondern nur für 6 Wochen, nämlich vom 13. September bis 22. Oktober 1926, zu. Die Beklagte konnte daher nur zur Zahlung von 65,76 Mk. verurteilt werden. Mit der Mehrforderung wurde die Klägerin abgewiesen.

Dieses Urteil zwingt zum Nachdenken. Eine der Klägerinnen, die jetzt mehr als 1½ Jahr Berufsangehörige ist, hat in den ersten 26 Wochen ihrer Tätigkeit 63,20 Mk. zu wenig Lohn erhalten. Im zweiten Halbjahr betrug die Minderentlohnung 184,16 Mk., während im dritten Halbjahr ihrer Tätigkeit (die Klägerin war in der Zwischenzeit geübte Arbeiterin geworden) der Verlust sogar 317,84 Mk. betrug. Weil diese Kollegin nicht organisiert war, hatte die Firma ein Extragehalt an ihr in Höhe von 639,80 Mk. gemacht! Dem Verlust gegenüber „erspart“ die in Frage kommende Kollegin in den ersten 26 Wochen 7,80 Mk. Verbandsbeitrag, in den zweiten 26 Wochen 13 Mk. und im Rest ihrer Tätigkeit 18,40 Mk. Weil die Kollegin also 39,20 Mk. an Beiträgen gespart hat, deshalb hat sie 639,80 Mk. zu wenig Lohn erhalten!

Wer nach diesem noch nicht begreift, was er zu tun hat, dem ist nicht zu helfen. Der hier geschilderte Fall ist durchaus keine Einzelercheinung, aber er sollte doch unseren unorganisierten Kolleginnen Grund genug zum Nachdenken sein. „Ersparnis“ Verbandsbeiträge wirken sich immer zum Nachteil für den Später aus. Pr.

### Das Geschäftsbuch.

In Nr. 47 der „Buchbinder-Zeitung“ wurde bereits auf die Geschäftsbuchfabrikation hingewiesen. Trotzdem die Herstellung des Geschäftsbuches auf sehr verschiedene Art erfolgt, nicht nur in bezug auf den äußeren Einband, sondern auch auf die verschiedenen Herstellungsarten, will ich doch versuchen, wenigstens eine Einbandart, und zwar die allgemein üblichste, zu beschreiben.

Wir bekommen von der Vinierranstalt 150 Bogen, Format Median. Diese sollen in ganz Rostfestein mit Sprungrückten gebunden werden, versehen mit Rücken- und Deckelschild. Zuerst falzen wir die Bogen einzeln und geben darauf acht, daß keine Knick entstehen, da sich diese schwer beseitigen lassen. Man vermeidet auch beim Falzen unnötige Striche, da es sonst Glanzstellen gibt, die sehr un schön aussehen. Dann steckt man die Bogen in Lagen zu fünf oder sechs ineinander. Beim Falzen scheidet man die unpaarigen oder Matulaturbogen natürlich gleich aus.

Nachdem das Buch so zusammengestellt ist, richtet man sich das Vorsatz her. Das Vorsatz besteht aus einem braunen oder gelben und aus einem weißen Blatt (Doppelsblatt). Letzteres soll möglichst vom gleichen Papier wie das Buch sein. Das braune Vorsatz schneidet man in einzelne Blätter und hängt diese mit schwarzer oder grüner Leinwand zusammen, und zwar so, daß die Leinwand innen etwa 2 Zentimeter auf beiden Seiten herausragt. Ist das braune Vorsatz so zugerichtet, werden Schirtingstreifen in das Buch sowie in das Vorsatz eingeklebt. Die Streifen für das Buch schneidet man ungefähr 1 Zentimeter breit, für das Vorsatz etwa 2½ bis 3 Zentimeter. Der erste Schirtingstreifen von 3 Zentimeter wird in das

erste Blatt der Vorsatzlage eingeklebt, und zwar so, daß der breite Rand auf die linke Seite des Blattes kommt und die rechte Seite nur einen halben Zentimeter bedeckt. Das Blatt mit dem breiten Streifen hat den Zweck, später als Anheftzettel zu dienen. Der nächste schmale Streifen wird in die Mitte des weißen Vorsatzes geklebt, dann wird die Mitte der ersten Lage sowie der äußerste Bogen der zweiten und dritten Lage mit einem schmalen Streifen versehen. Mit den hinteren drei Lagen verfährt man ebenso, natürlich daß nun in der letzten und Vorsatzlage der breite Schirtingstreifen diesmal auf die rechte Seite kommt. Man läßt nun die eingeklebten Streifen gut trocknen. Nach ungefähr zwei Stunden kann wieder zusammengefalzt werden.

Dann wird das Vorsatz aufgelegt. Hierzu werden wieder breite Streifen verwendet. Das Vorsatz wird nun mit dem Buch verbunden, indem man die breite Hälfte des Streifens auf das weiße Vorsatz herübergehen läßt und den schmalen Rand auf das Buch, nur muß darauf geachtet werden, daß zwischen Vorsatz und Buch ein kleiner Zwischenraum ist, damit sich das Vorsatz gut herum schlägt. Auch dieses muß wieder gut trocknen, und dann kann man zum Aufschließen des braunen Vorsatzes übergehen. Zuerst schmirt man das weiße Vorsatz an, schließt das braune an, schmirt dann das äußere braune Blatt an und schließt eine kräftige Matulatur auf. Mit der Rückseite wird ebenso verfahren und dann wird das ganze fest eingepreßt und etwa zwei Stunden in der Presse gelassen.

Da die ganze Solidität eines Geschäftsbuches vom nächsten Arbeitsgang abhängt, hat man diesem die ganze Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist das Heft an. Vor allen Dingen ist zum Heften ein guter Heftfaden zu verwenden, ebenso ein gutes Heftband, in vorliegendem Fall verwenden wir ein Körperband. Geheftet wird auf fünf Bünde. Besonders ist bei einem schweren Buch darauf zu achten, daß der Faden gut gewachst und fest angezogen wird. Das Vorsatz wird zur besseren Haltbarkeit ebenfalls mitgeheftet, doch verwendet man hierzu nicht den grauen Faden, sondern farbigen Altknirz. Nachdem das Buch fertig geheftet ist, wird die erste und zweite Lage sowie die beiden letzten Lagen mit einem Schirtingstreifen verbunden. Nun kann das Buch geleimt werden. Vor dem Leimen werden die Bünde gut angezogen und die Stichestellen vom Heften mit dem Hammer verrieben. Um zu verhindern, daß das Buch zu spröde wird, fügt man dem Leim etwas Glycerin zu, dadurch wird man später ein leichteres Runden.

Beim nächsten Arbeitsgang, dem Beschnitten, überzeuge man sich vorher, wieviel man von dem Buch wegnehmen darf, was sich nach der Vinierrichtung. Es darf kein allzu großer weißer Rand stehenbleiben, es sieht aber auch nicht schön aus, wenn das Buch zu arg zugestutzt ist. Eine gewisse Vorsicht ist hier vonnöten. Das Buch wird erst vornheraus beschnitten, dann wird der Schnitt daran gemacht, hierauf wird unten und oben beschnitten. Bei Geschäftsbüchern wird nur marmorierte Kammschnitt angewendet. Ist das Buch marmoriert, kommen wir zum Ansetzen. Zum Ansetzen hat man zwei Stärken Pappen nötig, eine ungefähr in der Stärke von 60er, letztere von 28er bis 30er je Zentner. Beide Deckel schneidet man gleichzeitig zu, damit man die genaue Höhe erzielt. In der Höhe werden sie gleich richtig zugeschnitten, in der Breite jedoch um 1 Zentimeter breiter, der dann erst später abgeschnitten wird. Beim schwachen Deckel wird die eine Längskante etwas abgeschragt, damit sich das Buch gut aufliegt und nicht ipannet. Damit sich die Pappen nicht nach außen ziehen, schmirt man das ganze Blatt des Anheftzettes an und schließt die Pappen auf, natürlich mit der abgeschragten Seite dem Rücken zu, mit einem Abstand von nur 1 Millimeter. Dann preßt man das Buch auf kurze Zeit ein und kommt dann zum Kapfalten. Vorher muß man jedoch die Kanten am Rücken ungefähr 2 Zentimeter weit ausknähen, damit das Kapital auf den Deckel übergehen kann, da dadurch eine viel größere Haltbarkeit erzielt wird. Es dient also nicht nur allein der Schönheit, wie manche glauben. Das Kapital muß fest angezogen werden. Ist das Buch kapfaltet, dann wird überlebt. Es ist falsch, wenn man den ganzen Rücken überlebt. Die Bünde werden freigelassen, damit sie elastisch bleiben. Der verwendete Mastix muß auf jede Seite ungefähr 3 Zentimeter übergreifen und wird mit Kleister gut angeschmirt und fest angetrieben.

Dann muß das Ganze gut trocknen, bevor weitergearbeitet werden kann.

Ist das geschehen, wird der Sprungrücken angestrichen. Hierzu schneidet man sich eine 140er Lederpappe in der gleichen Höhe der Deckel und in der Breite um 8 Zentimeter breiter als der Rücken zu, bricht sich die Breite des Rückens genau in die Mitte der Pappe, macht dann im Abstand von 1 Zentimeter einen weiteren Bruch nach außen. Es entsteht dadurch eine Art gebrochener Rücken, nur mit dem Unterschied, daß der Falz entschieden breiter ist. Um eine bessere Haltbarkeit zu erzielen, fälschert man diesen Rücken auf der inneren Seite mit gutem Leinen und schlägt dasselbe oben und unten um. Damit der Rücken zwischen den Pappen nicht zu arg aufrückt, spritzt man ihn an den Längsseiten etwas ab. Ist der Rücken auf diese Weise hergerichtet, dann schmirt man ihn bis zum ersten Bruch mit kräftigem Leim an und zieht ihn straff auf das Buch herüber. Um gleich den festen Halt zu bekommen, preßt man das Buch auf kurze Zeit ein.

Jetzt kommen wir zum weiteren Aufbau des Sprungrückens. Zu diesem Zweck schneiden wir uns wieder einen Lederdeckel in der gleichen Stärke, nur in der Höhe wird der Streifen um etwa 2 Zentimeter länger geschnitten. Nun muß man die Stärke des Rückens und schneidet sich einen Streifen, der 1 Zentimeter schmaler ist, hierauf den nächsten wieder schmaler und so schneidet man sich im ganzen vier solche Streifen, jeder schmaler als der andere. Nun nimmt man den Rundkloß zur Hand und rundet diese Streifen, schmirt sie mit kräftigem Leim an und klebt die Streifen, mit dem breiten zuerst angefangen, in die Mitte des Buchrückens. Auf diese Weise erhält man eine gleichmäßige Abstufung und die stärkste Stelle konzentriert sich nach der Mitte. Hat man die Streifen gut angerieben, werden sie zuerst abgeraspelt und dann mit feinem Glaspapier abgerieben, damit die Streifen gleichmäßig verlaufen. Dann schneidet man sich einen neuen Streifen, der von Falz zu Falz geht und klebt ihn auf das Ganze. Damit nun alles gut zusammenhält, klebt man über das Ganze ein starkes Papppapier, das auf jeder Seite des Buches um 5 Zentimeter übergreift, legt den starken Deckel genau auf, preßt das Buch fest ein und läßt es einige Zeit stehen.

Wieder aus der Presse genommen, schneidet man von den starken Deckeln an der Längsseite 1 Zentimeter ab und hebt den Streifen auf, da man ihn später wieder als Einlage braucht. Nun zeichnet man sich das Deckelschild auf und schneidet es mit einem scharfen Messer aus. Dabei ist darauf zu achten, daß an der Vorderseite des Deckels nach dem Aufschließen noch etwas abgeschnitten wird, damit das Schild nicht zu weit nach rechts kommt. Nun kommt man zum Aufschließen der Deckel. Das geschieht wieder mit kräftigem Leim. Man schmirt dabei die schwachen und auch die starken Deckel an. Der Streifen, der abgeschnitten wurde, wird genau an den Rücken gelegt und anschließend daran kommt der starke Deckel. Sind beide Seiten aufgeschlüsselt, preßt man das Buch fest ein, nimmt es nach einiger Zeit wieder heraus und schneidet die Vorderkante im Verhältnis zur Ober- und Unterkante zu. Ebenso schneidet man dann mit einem scharfen Messer das Ueberstehende vom Sprungrücken in der gleichen Höhe der Deckel ab und preßt es hierauf fest ein und läßt es am besten über Nacht stehen. Am nächsten Tag schneidet man sich zuerst den Molestin zu, schmirt ihn mit Kleister an und läßt ihn wieder trocknen. Das hat den guten Zweck, daß beim Ueberziehen der Leim nicht durchschlägt, da die Fasern des Molestins miteinander verbunden werden und der Stoff dadurch dichter wird.

Da wir bis zum Trocknen des Molestins Zeit haben, kleben wir die Bünde auf. Hierzu schneidet man sich Schrenzstreifen in der Breite von 1 bis 1½ Zentimeter, macht sich auf den Rücken die Einteilung und klebt sie auf. Da ein Streifen zu schwach ist, werden natürlich zwei oder drei Streifen aufgelegt. Würde man gleich einen starken Streifen aufleben, dann läuft man Gefahr, daß sich dieser nicht so gut dem Rücken anpaßt wie zwei oder drei dünne. An der Seite des Titelfeldes klebt man dann zwei schmale Lederpappstreifen, denn dadurch wird das Titelfeld erst hervorgehoben. Einige schneiden sich das Titelfeld gleich aus der letzten Pappe, die am Rücken aufgelegt wurde; ich bin aber von dieser Methode abgekommen, da das Titelfeld dabei nicht so glatt wurde, wie es sein sollte.

Nach dieser Arbeit werden die Ecken abgerundet und die Kanten der Deckel mit etwas Glaspapier abgerieben, damit sie nicht zu scharf sind. Inzwischen wird dann der Molestin trocken geworden sein und man kann zum Ueberziehen kommen. Da schmieren wir den Rücken einschließlich des Abstandes bis zum starken Deckel mit kräftigem Leim an, legen das Buch in den Molestin, so daß auf allen drei Seiten ein gleicher Abstand bleibt und ziehen den Molestin straff über den Rücken und reiben ihn fest an. Die Bünde und das Titelfeld werden gleich mit dem Falzbein fest eingerieben. Hierauf schmieren wir die Vorderseite an und überziehen diese, wobei das Titelfeld ebenfalls mit dem Falzbein eingerieben wird. Mit der Rückseite verfährt man ebenso. In die Einbuchtung des Deckelschildes legen wir den Ausschnitt des Schildes, das man vorher um die Stärke des Molestins kleiner geschnitten hat, in den Abstand vom Rücken zum starken Deckel legen wir die Streifen, und mit Auflage von sauberen Pappen wird das Buch nun eingepreßt und einige Stunden stehen gelassen.

Wieder ausgepreßt, schlagen wir den Molestin ein, lassen es nochmals einige Zeit stehen und schneiden dann mit dem Messer den Einschnitt, der stets etwas unegal wird, sauber ab und füllen den Raum zwischen Pappdeckel und Molestin mit schwacher Schrenz aus. Unterläßt man diese Arbeit, dann hat man später nach dem Anpappen ein scheußliches Bild, da sich der Einschnitt zu arg abheben würde.

Jetzt kommt die letzte Arbeit, das Anpappen. Hier kann man geteilter Meinung sein, ob man das Buch offen anpappen oder gleich einpressen soll. Ich habe immer das Buch nach dem Anpappen gleich in die Presse gesetzt und nicht offen angepappt. Bei

seinem einzigen Buch habe ich gemerkt, daß es gespannt hätte, also braucht man hier nicht so ängstlich zu sein. Ist das Buch von Grund auf richtig gearbeitet, muß es ja klappen.

Auf eins möchte ich noch hinweisen, und zwar auf den Sprungrücken. Manche glauben, wenn sie einen recht starken Sprungrücken machen, ist der Sache damit gedient. Doch das ist falsch; da werden diejenigen wohl die Beobachtung machen müssen, daß sich das Buch beim Zuklappen nicht nach innen rundet, sondern sich nach vorne bauscht. Daß darunter das ganze Buch leidet, ist selbstverständlich. Ein zu schwacher Sprungrücken hat natürlich auch seine Schattenseiten, da das Buch dann in der Mitte nicht flach aufliegt, was ja der ganze Zweck des Sprungrückens sein soll. Hier heißt es also, stets den goldenen Mittelweg zu finden, was nach einiger Übung nicht allzu schwer ist. Sollte der Sprungrücken doch etwas zu streng geworden sein, dann kann man sich dadurch helfen, daß man den Rücken mit einem sauberen Hammer gleichmäßig klopft, dadurch paßt sich der Sprungrücken besser den Buche an, er wird etwas geschmeidiger. Man nennt diese Arbeit das „Dressieren“. Nachdem dann die Schilder aufgelegt sind und das Buch paginiert oder foliert ist, kann es zur Ablieferung gebracht werden.

Die Geschäftsbücher werden überall anders gearbeitet, und es soll mit dieser Beschreibung nicht gesagt sein, daß die hier beschriebene Methode nur die allein richtige ist. Jede hat was für sich, und es wäre daher ganz angebracht, wenn auch ein anderer seine Erfahrungen auf diesem Gebiet zum besten geben würde. Er findet ganz gewiß auch seine Leser. (F. H.)

## Du und die anderen!

Gelegentlich der letzten Generalversammlung in Berlin wurde im Anschluß an den vom Kollegen Ambros gegebenen Geschäftsbericht, in dem er u. a. auch auf das wenig befriedigende Ergebnis der internationalen Werbewoche zu sprechen kam, von einem Redner in der anschließenden Debatte darauf hingewiesen, daß seines Erachtens nach nicht alles von der Ortsverwaltung getan worden sei, was möglich gewesen wäre, um die Werbetätigkeit erfolgreicher zu gestalten. Wenn auch dahingestellt bleiben mag, ob außer dem, was die Ortsverwaltung tat, um die noch sehr große Zahl der Indifferenten für den Verband zu gewinnen, noch hätte weiteres geschehen können, dann will mir doch scheinen, daß die gemachten Monits nicht gerechtfertigt sind, solange nicht auch feststeht, was die Mitglieder des Verbandes selbst getan haben, um die Unorganisierten, mit denen sie tagtäglich in den Betrieben zusammen sind, dem Verbands zuzuführen. Alle Werbetätigkeit und das Bestreben, die gewonnenen Mitglieder dem Verbands dauernd zu erhalten, das von den Funktionären des Verbandes an den Tag gelegt wird, letzten Endes in hohem Grade nutzlos verpuffen muß, wenn die aufgeklärten Mitglieder und die, die vorgeben, aufgeklärte Mitglieder zu sein, sich lediglich auf das Stützen, was die Funktionäre tun und lassen. Die Agitation könnte gewiß weit wirkungsvoller und nachhaltiger gestaltet werden, wenn jedes aufgeklärte Mitglied es sich angelegen sein lassen würde, nicht zu ruhen und zu rasten, bis sein unorganisierter Mitarbeiter, der die Errungenschaften des Verbandes bedenkenlos in Anspruch nimmt, sich gleichfalls in die Reihen der Kämpfer eingegliedert hat und dauernd in ihnen verweilt. Diese Art der agitatorischen Wirksamkeit hätte den großen Vorteil noch für sich, daß sie nicht mit so großen Opfern an Zeit und Geld verbunden wäre wie jene, die durch Versammlungen jeder Art usw. betrieben wird.

Aber, aber, daran fehlt es. Es ist eine Begleiterscheinung unserer Zeitverhältnisse, daß vielfach der einzelne nicht mehr gewillt ist, jederzeit für sich und seinen Klassengenossen selbst tätig zu sein, ein Kämpfer nicht sein will in der jeweils gegebenen Situation, sondern Hilfe an anderer Stelle zu suchen sehr geneigt ist. Das alte wahre Sprichwort:

„Selbst ist der Mann“ hat nicht eine so große individualistische Tendenz, daß es nicht auch noch für unsere dem Kollektivismus gehörige Zeit seine Berechtigung haben dürfte. Denn ohne einen starken Willen der Einzelpersonlichkeit ist auch die größte Vereinigung ein schwammiges Ding. Also bitte, nicht immer nur das Verlangen an den Tag gelegt: „Der andere soll es machen“, sondern selbst Hand angelegt, aus eigener Initiative eingegriffen im Sinne der Gesamtheit, das nur dürfte uns vorwärtsbringen.

Aber auch noch ein anderer wunder Punkt ist es, der dazu beiträgt, daß die Werbetätigkeit nicht von dem gewünschten Erfolg begleitet ist. Und das ist, wie und was man über seine eigene Organisation denkt und spricht. Wer an der Gewerkschaftsbewegung, so wie sie ist, wer an seinem eigenen Verband kaum ein gutes Haar läßt, wer alles herabwürdigt, was andere tun, wer eine Unzufriedenheit anders gerichteten gegenüber an den Tag legt, wer sich aufwirft zum Kritiker an allem und über alles, wer sich nie die Mühe genommen hat, die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und auch die unseres Verbandes kennenzulernen, dem alles, was angestrebt wird, nicht schnell genug erreicht werden kann und der mit all seinem Tun und Lassen die anderen ansteckt und dadurch Verdrossenheit anstatt freudige Tatkraft in dem gegebenen Rahmen auslöst, der darf sich nicht wundern, wenn man sehr, sehr langsam vorwärts kommt, darf nicht verwundert sein darüber, daß die Unorganisierten nicht leichtlich sich einer Gemeinschaft eingliedern, von der man mit so wenig Achtung im Kreise der Mitglieder spricht.

Darum mehr eigene Initiative jedes einzelnen in der Agitation für den Verband! Das Gute in den Vordergrund gestellt und das, was verbesserungsbedürftig, in sachlicher Form angestrebt! Aus der Vergangenheit gelernt und die Anwendungen für die Gegenwart und die Zukunft daraus gezogen! Von den andern nicht alles verlangt, sondern selbst tätig überall mitgewirkt. Dann muß und wird es besser werden in bezug auf die Gewinnung neuer Mitglieder und in der Erhaltung der vorhandenen. E — — n.



## Zur Geschichte der Berliner Buchbinderei.

## II.

Bei der nächsten Quartalsitzung der Junft hatte der Geselle zu erscheinen, und seine Bitte öffentlich der Meisterschaft vorzutragen. Bei dieser Gelegenheit waren erneut 5 Silbergroßchen zu zahlen. Aus der Versammlung wurde dann an den Gesellen die Frage gestellt, ob er nach erlangter Meisterschaft innerhalb der Innung freien wolle oder nicht. Die Heirat war für den jungen Meister etwas Selbstverständliches. Gab der Befragte die Erklärung ab, seine zukünftige Ehefrau nicht aus dem Kreise der Handwertsgenossen zu wählen, dann war ein weiterer Betrag von sechs Silbergroßchen zu zahlen. Diese Heiratsfrage wurde an drei Quartalen wiederholt. Ueberdies durfte der Buchbindergehilfe erst dann heiraten, wenn er wenigstens ein Jahr bei seinem Berliner Meister gearbeitet hatte, wer jedoch die Tochter oder Witwe eines Buchbindermeisters heiratete, genoss den Vorzug, daß die Mutungszeit und Arbeitszeit beim Meister auf ein Jahr ermäßigt wurden. Nach dreimaliger Mutung hatte der Geselle also noch ein Vierteljahr bei dem Meister zu arbeiten. Für einen Meistersohn kam das Pflichtjahr ganz in Fortfall. Hatte der Geselle das vorchriftsmäßige Jahr bei einem Meister gearbeitet, dann war von dem Gesellen an die Junft Mitteilung zu machen, wann er zu heiraten gedachte. Die erwählte Frau mußte von gutem Rufe sein.

Für die Anfertigung des Meistersstücks bestanden umfangreiche Bestimmungen. Die Anfertigung des Meistersstücks, das aus fünf Teilen bestand, hatte innerhalb acht Tagen in Gegenwart zweier abgeordneter Meister zu erfolgen. Letzteren, Schaumeister genannt, war ein „Stüben-Bier“ zum Besten zu geben. Wer ungenügende Arbeit leistete oder in den gestellten acht Tagen nicht fertig wurde, mußte noch einmal ein Jahr auf die Wanderschaft gehen. In späterer Zeit jedoch wurden über ungenügende Meisterarbeiten Geldstrafen verhängt. Das Meistersstück betraf folgende Arbeiten: erstens eine Median-Wibel in Brettern, mit weißem Schweinsleder überzogen; zweitens eine Cosmographie, ebenfalls in Brettern und weißem Schweinsleder, in Folio; drittens ein deutsches Testament in Ottav gleichfalls in Brettern, rotem Leder und Vergoldung; viertens vier Partes in lohgrauem gelbem Leder; fünftens ein Gebetbuch in Quart in Papp. Das Gebetbuch wurde nach altem Brauch der Stadt zum Geschenk gemacht, während das Testament in den Besitz der Innung überging. Für einen Meistersohn ermäßigte sich das Meistersstück bedeutend, denn er brauchte nur das Gebetbuch für den Rat der Stadt anzufertigen. Für einen Gesellen, der eine Meisterschwester heiratete, kam das vierte Stück der Prüfung in Fortfall. Wurde das Meistersstück für genügend erachtet, dann hatte der Geselle bei der Stadt das Bürgerrecht nachzusuchen. Bei dieser Gelegenheit war dem Rat das für diesen angefertigte Gebetbuch zu überreichen. Nach Erlangung des Bürgerrechtes waren an die Innung 6 Taler zu entrichten, ein Betrag, der bei einem Meistersohn nur 3 Taler betrug und für einen Gesellen, der eine Meisterschwester heiratete, auf vier Taler festgesetzt war. Damit waren jedoch die Gaben für die erlangte Meisterschaft noch nicht erschöpft. So war für die alten Meister eine Tonne Bernauer Bier zu spenden, während deren Leierung alle Meisterfamilien von dem Jungmeister mit Speisen zu bewirten waren. Der Jungmeister hatte ein Jahr lang für die Innung mannigfache Arbeit zu verrichten, so das Einfassieren der Innungsgelder, auch sonstige Gänge für die Innung zu besorgen. Auch war dem Jungmeister das vertrauliche Du gegenüber den älteren Meistern verboten.

Unter den weiteren Bestimmungen der Innungsordnung sind folgende hervorzuheben: Jeder Buchbindermeister hatte vierteljährlich an die Innung drei Silbergroßchen als Beitrag zu leisten. Die Innungsgelder wurden in der sogenannten Lade aufgehoben, die man gegen unbedingte Eingriffe mit drei verschiedenen Schlüsseln versehen hatte, deren Schlüssel auf drei Meister verteilt waren. Die Wahl des Meisters als Vorsteher der Innung hatte zum Johannis-Quartal zu erfolgen, wobei gleichzeitig der Gesellenvater gewählt wurde. Zerstören waren um 9 Uhr abends zu beenden, sie durften nicht mit Waffen besucht werden. Für Schimpfen, Prüßeln und Gotteslästerung hatte man besondere Strafen vorgesehen. Um einen vernichtenden Wettbewerb unter den Mitgliedern unmöglich zu machen, hatte man be-

stimmt, daß jeder Buchbindermeister nur eine Bude besitzen durfte, die ihren Stand entweder auf dem Mühlendamm oder in der Stadt haben mußte. Nur in der Jahrmakzeit durften zwei Buden betrieben werden. Auch die Haltung von Gesellen waren eingehend geregelt. Der Buchbindermeister hatte die Wahl, entweder einen Gesellen und zwei Lehrlingen oder zwei Gesellen und einen Lehrlingen zu halten.

Der zugewanderte Geselle hatte sich beim Altgesellen der Stadt zu melden. War ein solcher nicht vorhanden, dann hatte der Jungmeister für diesen einzupringen. Die Aufgabe des Altgesellen bestand darin, mit dem zugewanderten Gesellen die Meister in der Stadt wegen Beschäftigung des Wanderers abzufragen. Der Gesellenvater hatte die Pflicht, dem Zugereisten die erste Mahlzeit zu geben. Die Arbeitszeit war wie folgt geregelt: Sie begann im Sommer morgens 4 Uhr und dauerte bis 8 Uhr, im Winter begann man eine Stunde später, wodurch sich die Arbeitsdauer abends entsprechend verlängerte. Für Streitigkeiten der Gesellen hatten die Meister als Schlichter zu wirken. Den Gesellen waren im Jahr vier „gute Montage“ bewilligt, wer öfters „blau“ machte, verfiel der Strafe eines ganzen Wochenlohes.

Das Lehrlingswesen war in folgender Weise geregelt: Die Aufnahme, für die ein halber Taler zu entrichten war, hatte die eheliche Geburt zur Voraussetzung. Allgemein betrug die Lehrzeit vier Jahre. Bei besonderer Begabung konnte die Lehrzeit jedoch unter Zustimmung des Meisters auf drei Jahre herabgesetzt werden. In diesem Fall war dem Lehrmeister jedoch eine Entschädigung von 6 Talern zu zahlen. Die Freisprechung des Lehrlings vom Gesellen gestaltete sich für diesen recht kostspielig. Der Lehrling hatte ein Fest zu geben, auf dem die gesamte Meisterschaft mit Frau und Kindern erschien. Das Mahl mußte drei Gerichte und Butter und Käse aufweisen, dazu war eine Tonne Berliner Bier zu spenden. Für einen Meistersohn genügte eine Lehrzeit von zwei Jahren. Beim Austritt war ein Betrag von einem Taler acht Silbergroßchen zu entrichten.

Bei jedem Sterbefall innerhalb der Innung hatte die gesamte Meisterschaft mit Frau und Kindern, sowie die Gesellschafter dem Sarge zu folgen. Den Sarg mußten die Gesellen tragen; waren nicht genügend in der Stadt, dann hatten die jüngsten Meister das Amt zu übernehmen.

Dies die Hauptbestimmungen dieser kulturgeschichtlich so bemerkenswerten Innungsordnung, die auch ein interessantes Kapitel zur Geschichte der deutschen Buchbinderei ist.

## Berichte.

**Chemnitz.** Am 30. November fand hier eine gut besuchte Versammlung der Kartonnagenbranche statt. Kollege Pfühe referierte über: „Die wichtigsten Fragen in der Kartonnagenbranche.“ Er schilderte, wie die Einführung neuer hochqualifizierter Maschinen nur noch eine Frage der Zeit sei. Auch in Chemnitz haben einige solcher Maschinen schon Eingang gefunden. Wenn eine solche Maschine in acht Stunden 3000 Schachteln fertigstellt, dann ersetzt sie durch diese Leistung rund 25 Arbeiterinnen. Das bedeutet naturgemäß für große Teile unserer Kolleginnen Arbeitslosigkeit, wenn nicht in anderer Weise Ersatzarbeit geschaffen werden kann. Die Einführung der Akkordarbeit ist vielfach auf Drängen der Arbeiterinnen geschehen. Heute liegen die Dinge so, daß es den Arbeiterinnen selbst bei größter Anstrengung kaum möglich ist, den tariflichen Stundenlohn zu erreichen. Manche Arbeiterinnen glauben durch Leistung von Mehrstunden und durch das Arbeiten in der Mittagspause ihr Einkommen erhöhen zu können, bedenken aber nicht, daß sie dadurch noch mehr dazu beitragen, den Lohn zu drücken. Die Unternehmer werden bei den kommenden Lohn- und Manteltarifverhandlungen alle diese Umstände ausnützen und behaupten, daß die Arbeiterkraft zufrieden sei.

Nachdem Pfühe noch eingehend den Ablauf des Lohnabkommens und Manteltarifs behandelte, setzte eine rege Debatte ein. Alle Redner waren sich einig, daß solche Zustände, wie sie in der Kartonnagenbranche bestehen, unhaltbar sind. Die Gleichgültigkeit, die bis jetzt unter der Arbeiterkraft herrschte, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß auch das Schmarotzertum in den Betrieben Eingang gefunden hat. Leider gibt es noch solche Elemente, die sich nicht scheuen, mit den Unternehmern gegen die eigene Kollegenschaft zu arbeiten. Die Versammlung beschloß, weiter für die Organisation zu wirken. Anfang Januar soll eine weitere öffentliche Versammlung stattfinden.

**Dresden.** Seit Jahren leiden wir, wie wohl alle Zahlstellen unseres Verbandes, an einem Mangel durchgebildeter weiblicher Funktionäre, trotz des starken Uebergewichtes der weiblichen Mitglieder. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde vor reichlich Jahresfrist die „Wesul“, d. h. Weiblicher Funktionär-Bildungs-Ausschuß gegründet. Unter der rührigen Leitung der Kollegin Kögel hat sich dieser Ausschuß mit wechselndem Erfolg dieser schwierigen Aufgabe unterzogen. Für die Zukunft ist man gewillt, diese Bildungsarbeit auf einer breiteren Grundlage durchzuführen. „Wesul“ und Ortsverwaltung hatten darum eine künstlerisch ausgestattete Sonderveranstaltung für unsere Kolleginnen vorbereitet. Auch die leider immer noch zahlreichen unorganisierten Kolleginnen waren dazu eingeladen. Am 2. Dezember fand diese Feier statt; erschienen waren etwa 900 Kolleginnen. Mit dem Goethe-Spruch: „Nimmer strebe zum Ganzen — Und kannst du selber kein Ganzes sein — Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes dich an“ — eröffnete Kollegin Kögel die Feiertunde. In eindringlichen Worten besprach sie den Wert und die Bedeutung der Organisation und ermahnte die Kolleginnen, mitzuarbeiten am Ausbau unseres Verbandes. Leider überläßt man die Aufklärungsarbeit nur allzu gern den Vertrauensleuten und macht diesen durch Gleichgültigkeit ihre ohnehin schwierige Tätigkeit noch schwerer. Es sind noch 45 Proz. der Kolleginnen, die den Weg zu uns bisher nicht gefunden haben. Das kann uns nicht verwundern, wenn wir sehen, wie ein großer Teil der Arbeiterinnen infolge falscher Erziehung ihre freie Zeit oft geradezu unvernünftig verbringt, wie wenig leider auch der Inhalt unserer „Buchbinder-Zeitung“ und der „Merkblätter“ beachtet wird. Hier wollen wir einsehen und den Kolleginnen die Wege weisen zu einem starken und freien Menschentum. Dieser Abend soll zeigen, wie der Verband seine kulturellen Pflichten erfüllen kann, wenn jede Kollegin sich ihrer eigenen Pflichten gegenüber der Gesamtheit bewußt wäre. Nach dem Beifall, den Kollegin Kögel fand, kann man hoffen, daß diese Worte nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind.

Nach dieser Einleitung folgte ein Vortrag von Frau Dr. med. Siegemann über: „Körper und Seele der Frau.“ Ungeachtet der kurzen Zeit, die der Rednerin zugebilligt war, verstand diese es, ihren Zuhörerinnen, die sich in ihrer Mehrheit wohl noch nie mit solchen Fragen beschäftigt haben, Gedanken über Probleme nahe zu bringen, die vielleicht in vielen unbewußt der Erweckung harren. Diese Ausführungen mögen dazu beitragen, das Selbstbewußtsein der Frauen zu heben. Es darf nicht heißen: Ich bin nur eine Frau — sondern in bin eine Frau. Die muster-gültige Aufmerksamkeit und der dankbare Beifall zeugen dafür, daß es der Referentin gelungen war, Verständnis für solche Fragen zu erwecken.

Die Vorführung des Kulturfilms „Wege zu Kraft und Schönheit“ beschloß die wohl zu aller Zufriedenheit verlaufene Feiertunde. Auch in Zukunft sollen solche Veranstaltungen abgehalten werden, aber bei den hohen Unkosten wird man wohl darauf zurückkommen müssen, ein geringes Eintrittsgeld zu erheben.

**Hamburg-Altona.** Alle diejenigen, die einmal als Handwerksburschen durch die Welt gewandert sind, werden sich erinnern, wie sie gezwungen waren, in primitiven, unsauberen und manchmal mit Ungeziefer behafteten Betten und Räumen zu übernachten, wenn sie nicht gar unter freiem Himmel nächtigen mußten. Die vielen „Herbergen zur Heimat“ usw. waren unzulänglich und zwangen gar oft zu religiösen Vorrichtungen. Gewerkschaftsherbergen in eigenen Häusern gab es zwar auch, doch auch diese waren unzureichend. Diese Herbergen sind während des Krieges vielfach als Lazarett benutzt worden und später wurden sie ihrem Zweck oft ganz entzogen. So erging es auch der Herberge des Gewerkschaftshauses in Hamburg. Deren Räume wurden zu Bureauzwecken dringend benötigt, und so kam es, daß die Hamburger Gewerkschaften keine eigenen Herbergen mehr zur Verfügung hatten.

Die wieder einkehrende Freizügigkeit, das Reisen von einem Ort zum andern, ist wieder aufgelebt und so erinnerten sich auch die Hamburger Gewerkschaften ihrer Pflicht, für den reisenden Arbeiter, Angestellten und Beamten für Unterkunft zu sorgen. Mit Hilfe des Hamburger Staates, der rund 1 500 000 Mk. als Darlehen hergab, wurde auf Staatsgrund das Gebäude Am Nagelsweg 10-14 erbaut. Das 10 Stockwerke (einschließlich Keller) hohe Gebäude enthält über 130 Zimmer mit einem oder zwei Betten. Außerdem befinden sich in den oberen Geschossen für mehr denn 50 jugendliche Unterkunftsmöglichkeiten in Zimmern mit zwei Betten, die dem Jüngendamt zur Verfügung gestellt wurden. Jedes Zimmer hat fließendes kaltes und warmes Wasser, Zentralheizung und eingebauter Schränke. Das ganze Gebäude ist in kultureller und hygienischer Beziehung ein Lichtbild.

Die „Heimstätte“ will aber auch die reisenden Arbeiter freimachen von dem Schmutzstättenbetrieb, sie will den Bewohnern das bieten, was jeder reisende Arbeiter am meisten vernimmt: ein Heim und eine häusliche Umgebung. Aus diesem Grunde sind Tagesaufenthaltsräume, Schreibzimmer, Arbeitszimmer, ein Kesselraum, Einzel- und Gemeinschaftsbäder im Hause.

Dem Einkommen der reisenden Arbeiter, Angestellten und Beamten entsprechend sind auch die Preise gehalten. Von 1 Mk. aufwärts bis 3,50 Mk. unter Benützung aller sonstigen Bequemlichkeiten und einschließlich Bedienung bietet die Heimstätte Unterbringungsmöglichkeit.

Wir hoffen, daß dieses soziale Werk, für das die Gewerkschaften außerdem 300.000 Mk. aufbrachten, von recht vielen reisenden Gewerkschaftlern benutzt wird und daß auch besonders unsere Mitglieder, wenn sie Hamburg besuchen, in der Heimstätte ein mütiges Heim vorfinden werden. Anderen Städten kann die Errichtung von gleichen Heimstätten nur empfohlen werden.

**Hamburg-Altona.** Streit der Kartonnagenarbeiterinnen in der Kunst- anstalt Seih, Wandsbek. Bei der Firma Seih in Wandsbek bestehen schon seit dem August Differenzen über die Bezahlung der Arbeiterinnen. Die Firma hat diese um gut 25 Proz. gekürzt, da die Arbeiterinnen weitaus über den Tarif verdienten. Dann behauptete aber die Firma auch, die starke Konkurrenz treibe zu sehr hohen Berechnungen. Es wurde schließlich eine Einigung erzielt, die zunächst eine Verhütung schaffte. Aber gar bald forderte das Feuer unter den Arbeiterinnen wieder hoch, da sie im allgemeinen mit ihren Verdiensten zurückblieben und als nun gar eine Woche kam, in der sie den Tariflohn nicht einmal erreichen konnten, da war das Maß voll. Sie verlangten impulsiv eine Erhöhung und als von der Direktion das Wort fiel, „wer nicht dafür arbeiten will, der kann ja gehen“, legte der Betrieb, über 70 Arbeiterinnen, die Arbeit nieder. Nach dreitägiger Dauer wurde der Kampf beendet. Die Belegschaft nahm die Arbeit geschlossen wieder auf, nachdem ihr zugesichert war, daß für Schließschichten weitere 5 Proz. Zuschlag und alle Arbeiten nachkalkuliert und im Preise so gesetzt werden sollen, daß der tarifliche Tariflohn erreicht wird.

Die Lehre aus dem Kampf ist eine Mahnung an die Unternehmer, die tariflichen Bestimmungen zu halten und gemachte Versprechungen den Arbeitern gegenüber zu erfüllen. Dann lassen sich solche Differenzen auch vermeiden.

**Caß.** Das 25. Stiftungsfest unserer Zahlstelle am 20. November ist in harmonischer Weise verlaufen. Der Besuch, der ein befriedigender war, brachte wieder einmal eine Anzahl unserer Mitglieder zu heiteren und kollegialen Stunden zusammen. Unsere Stadtkapelle sowie der gemischte Chor des Arbeiterfängerbundes boten wie immer das Beste. Den Höhepunkt der Feier bildete die Festrede des Kollegen Hemminger-Stuttgart. Im Anschluß überreichte er im Auftrage des VB. die Ehrenurkunde für langjährige Mitgliedschaft im Verband an den Kollegen Dörner (34 Jahre Mitgliedschaft) und an die Kollegin Dürr (25 Jahre Mitgliedschaft). Der Vorsitzende konnte im Auftrage der Zahlstelle den beiden Jubilaren noch einige sinnvolle Wünsche überreichen. Ein stilles Längchen bildete den Abschluß der in jeder Beziehung gelungenen Feier. Erwähnt und bestens verdient sei noch, daß von der Zahlstelle Freiburg eine Vertretung unter uns weilte und daß uns verschiedene Zahlstellen Glückwunschtelegramme zugehen ließen.

**Caß - Land - Oberweier.** In einer gut besuchten Werkstattversammlung der Firma Sauer u. Stuber, Kartonnagenfabrik in Oberweier, referierte am 28. November Kollege Dürr-Lahr über „Die Bedeutung der Gewerkschaften und des Reichstarifes für die Kartonnagenindustrie“. Der Redner verstand es, die Anwesenden von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen. Sämtliche Anwesenden haben sich dem Verbandsangehörigen. Nun gilt es, durch gemeinsames Zusammenarbeiten für die Durchführung des Reichstarifes zu sorgen und sich nicht durch Einschüchterungen der Firmeneinhaber und ihrer Hintermänner vom richtigen Wege abbringen zu lassen. Gerade in Lahr-Land gilt es noch viel nachzuholen und der Erfolg in Oberweier soll mit Veranlassung sein, nicht zu erlahmen, um die Organisation auch im Nied und im Tal überall auszubauen zum Wohle unserer Berufsangehörigen.

**Magdeburg.** Am 27. November fand die Generalversammlung der Zahlstelle für das 3. Quartal statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht spiegelte die Arbeitslosigkeit in jeder Weise wider. Einem Rückgang der Einnahme steht eine größere Ausgabe gegenüber. Kollege Sauer konnte berichten, daß die Ortsverwaltung alles getan hat, um neue Mitglieder zu gewinnen. In Gemeinschaft mit den übrigen graphi-

## Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 50. Wochenbeitrag für 1926 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten. Achte auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Ich den Verbänden haben wir Werbervereinigungen veranstaltet und auch jetzt finden wieder überall Werbervereinigungen statt. Leider ist der Erfolg nur gering. B. d. Reich erläuterte dann an Hand der vorliegenden Abrechnungen die einzelnen Einnahmen und Ausgaben. Während die Verbandskasse in Einnahme und Ausgabe mit 5661,68 Mk. abschließt, sind in der Lokalkasse Einnahmen von 4433,82 Mk. zu verzeichnen, denen 1480,20 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Redner kritisierte das Verhalten einzelner kleiner Firmen der Kartonnagenbranche. Entlassene Arbeiterinnen sind bereits über ein halbes Jahr arbeitslos und jetzt werden Leberstunden geleistet und sogar Sonntagsarbeit verrichtet mit Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes. Hiergegen ist Verwahrung eingelegt worden. In der Sprache wurden noch mehrere Einzelfälle, in denen Leberstunden geleistet werden, zur Sprache gebracht. Die Betriebsratsmitglieder wurden verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß Neueinstellungen vorgenommen werden, wenn Leberstunden geleistet werden sollen.

Im Anschluß hieran wurde die Frage der Aufbringung von Mitteln für eine Weihnachtsunterstützung unserer Arbeitslosen behandelt. Nachdem v. d. Reich die große Not der Arbeitslosen geschildert und entsprechende Vorschläge gemacht, stimmten sämtliche Redner zu, daß zu diesem Zweck eine besondere Sammlung veranstaltet werden soll.

Dann sprach Herr Lehrer Schneider über „Scherz-dichtungen aus alter und neuer Zeit“. Der Redner

verstand es durch seine Vortragskunst, die sehr gut besuchte Versammlung noch fast zwei Stunden lang zu fesseln. Nur eine Stimme ertönte bei Schluß der selben: „Das war ein wirklich schöner Abend, den wiederholen wir recht bald“. Einige Mitteilungen des Vorstandes betr. unserer kommenden Veranstaltungen bildeten den Schluß dieser anregenden Versammlung. Wir richten den Wunsch an unsere Mitglieder, die nicht dabei waren: „Kommt auch ihr das nächste Mal zu uns.“

## Inhaltsverzeichnis.

Kapitalistischer Seelenjag. Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Mitglieder. Der Arbeitsmarkt im November. Erwerbslosenunterstützung und Arbeitslohn. Die Behandlung von Gummi arabicum und Dextrin. Höchste Kapitalrente. Die 48 stündige Arbeitszeit. Vertrauen ist nötig! (Gedicht.) Ein kleiner Irrtum! Schmutzkonkurrenz durch Gefängnisarbeit. Eine Hand eingebüßt. Auf den Erlaß des Reichsarbeitsministers betr. Leberstunden wird geantwortet. Mittelalterliche Zustände. Unorganisierte haben keinen Anspruch auf den Tariflohn. Das Geschäftsbuch. Du und die anderen! Zur Geschichte der Berliner Buchbinderei. II. Berichte: Chemnitz. — Dresden. — Hamburg-Altona. — Hamburg-Altona. — Lahr. — Lahr-Land-Oberweier. — Magdeburg. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Mitglieder. — Fachschulen. — Berichtstatten über Rechtsstreitigkeiten. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Mitglieder. Der Verbandsvorstand hat beschlossen, anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeier die den bezugsberechtigten und den ausgesetzten arbeitslosen Mitgliedern eine Extraunterstützung zukommen zu lassen.

Demnach soll an die im Bezug von Arbeitslosenunterstützung stehenden Mitglieder, die sich vor dem 28. Dezember arbeitslos gemeldet haben, neben der ihnen jahresgemäß zustehenden Arbeitslosenunterstützung eine besondere Zuwendung gezahlt werden in Höhe von vier Tagessätzen der jeweils für das betreffende Mitglied zur Auszahlung kommenden Arbeitslosenunterstützung.

Desgleichen soll an ausgesetzte Mitglieder, die vor dem 28. Dezember noch oder wieder als arbeitslos gemeldet sind und die während der Dauer der Arbeitslosigkeit regelmäßig Freimarken gestellt haben, für sieben Tage eine Extraunterstützung gezahlt werden, deren Höhe nach dem Tagesatz zu berechnen ist, der auf Grund der beim letzten Unterstützungsbezug als Grundlage geltenden Beitragssatz für das betreffende Mitglied in Frage kommt.

Den auf der Reife befindlichen bezugsberechtigten bzw. ausgesetzten Mitgliedern ist die Extraunterstützung von einer der Zahlstellen auszuführen, in der sie sich in den Tagen vom 20. bis 28. Dezember melden.

Für die Auszahlung der Extraunterstützung geben wir folgende rote Quittungsformulare aus, die bis zum 18. Dezember allen Gau- und Ortsverwaltungen zugehen.

Ein der Auszahlung der Extraunterstützung entsprechender Vornach ist in allen Fällen in das Mitgliedsbuch auf der letzten Seite unter der Rubrik „gezahlte außerordentliche Unterstützung“ einzutragen.

Die Auszahlung der Extraunterstützung soll möglichst noch vor Weihnachten erfolgen. Eventuelle nachträgliche Zahlungen sollen nur bis zum 4. Januar zulässig sein.

An ausgesetzte Mitglieder, insbesondere auch an solche, die infolge Inventur usw. zwischen Weihnachten und Neujahr nicht arbeiten können, darf diese Extraunterstützung nicht gezahlt werden.

2. Fachschulen. Mit Rundschreiben 149 vom 30. November ist allen Zahlstellen ein Fragebogen betr. Fachschulen und fachgewerbliche Ausbildung zugegangen, den wir bis zum 15. Dezember uns einzusenden bitten. Da der Fragebogen in seinem zweiten Teil Auskunft über die fachgewerbliche Ausbildung in den einzelnen Zahlstellen geben soll und für die Bearbeitung zum Jahresbericht bestimmt ist, so ist es unbedingt notwendig, daß alle Zahlstellen darüber berichten.

3. Berichtstatten über Rechtsstreitigkeiten. Mit Rücksicht auf die immer häufiger werdenden gewerblichen Rechtsstreitigkeiten, soll in Zukunft auch das Ergebnis dieser Klagen im Jahresbericht summarisch behandelt werden. Zu diesem Zweck sind jetzt mit Rundschreiben 154 allen Zahlstellen und Gauleitern Berichtstatten überfandt worden, die nach Bedarf nachgefordert werden können. Wie bereits im Rundschreiben bemerkt, soll vom 1. Januar 1927 über jeden Rechtsfall eine solche Berichtstatte eingeleitet werden, der nach dem 1. Januar seine Erledigung findet. Die Berichtstatten sind von den kleineren Zahlstellen sowie den Gauen sofort nach Erledigung eines Rechtsfalles einzusenden, während größere Zahlstellen, die fast täglich solche Fälle haben, die Berichtstatten am Ende des Monats gesammelt einsenden können. Es ist also vom 1. Januar ab über den Ausgang jeder aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Rechtsstreitigkeit zu berichten, also unbekümmert darum, ob dieselbe mit oder ohne Erfolg beendet wurde.

## Abrechnungen

Vom 3. Quartal gingen weiter bei der Verbandskasse ein von:

Cleve, — Mk., Troßingen 150,— Mk.

## Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer.

Bünde I. W. B.: A. Westerheide, Ennigloh-Bünde, Bahnstr. 415.

K.: R. Hofer, Ennigloh-Bünde, Bahnstr. 257.

Dresden. B.: S. Lange, K.: B. Rohl. Verbandsbureau: Dresden A. 1, Kaulbachstr. 16 I. Fernsprecher: 20 075.

Der Verbandsvorstand.